

Integration – Aufgabe für Bürger und Kommune

10 Jahre Integrationskonzept der Stadt Offenbach



Einführung

Aus Anlass des 10jährigen Jubiläums des vom damaligen Integrationsdezernat erstellten und von der Stadtverordnetenversammlung im Jahre 2004 verabschiedeten ersten Integrationskonzepts der Stadt Offenbach „Viele Kulturen – alles Offenbacher“ zieht der vorliegende Bericht Bilanz.

Erstes Ziel des vorliegenden Berichtes ist die Überprüfung der Erreichung der Ziele aus dem Integrationskonzept anhand ausgesuchter Indikatoren.

Der vorliegende Bericht kann nur einen ausgewählten Einblick der kommunalen Gesamtbemühungen um Integration in Offenbach leisten, zeigt dabei jedoch sehr deutlich, wo in den ausgewählten Bereichen rückblickend Integrationserfolge zu verzeichnen und wo weitere Integrationsanstrengungen vonnöten sind.

Zweites Ziel des vorliegenden Berichtes ist daher die Festlegung, welche erfolgreichen Maßnahmen fortgeführt werden sollen und welche Maßnahmen zur Arbeit an den noch offenen Punkten ergriffen werden sollen.

Dazu wurde ein Beteiligungsprozess gestartet, der genau diese Fragen „Was machen wir weiter?“ „Was machen wir neu?“ unter Berücksichtigung der knappen Ressourcen und der formulierten Vorschläge beantwortet.

Inhalt

Einführung	2
Das Offenbacher Integrationskonzept.....	5
Die vier Dimensionen von Integration	7
Bezugsdaten	8
Bevölkerungsstruktur	9
Einwohner der Stadt Offenbach am Main	9
Bevölkerungsentwicklung	9
Bevölkerungsentwicklung im Vergleich zu ausgesuchten kreisfreien Städten ...	9
Einwohner Nichtdeutsche.....	10
Einwohner mit Migrationshintergrund	11
Strukturelle Integration.....	12
Ausbildungsbeteiligungsquote.....	12
Beschäftigungsquote.....	13
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.....	13
Zugang zu politischer Gemeinschaft	15
Identifikatorische Integration	16
Einbürgerung	16
Rechtliche Integration	17
Ausländerinnen und Ausländer nach Aufenthaltstiteln bzw. Duldung	17
Diversität	18
Interkulturelle Öffnung	18
Migrationshintergrund von Kindern unter 3 Jahren nach ausgesuchten Statistischen Bezirken in Prozent.....	19
Interkulturelle Öffnung in der Stadtverwaltung	19
Migrationsberatung im Bürgerbüro.....	20
Kulturelle Integration.....	21
Sprachkompetenz	21
Spracherwerb von Zugewanderten.....	21
Deutschkurse/Integrationskurse/Tests (seit 2005) der Lernstufen A1 – C1	22
Beratungen.....	22
Niederschwellige Deutschkurse für Frauen (Mama lernt Deutsch).....	23
Beratung und niedrigschwellige Sprachförderung für bulgarische und rumänische Zuwanderer	23
Sprachkenntnisse bei Einschulung.....	23
Stärkung der Elternkompetenzen	28

Erleichterung der Bildungsübergänge	30
Regionales Übergangsmanagement.....	30
Lernen vor Ort	31
Gesundheitsversorgung	33
Gesundheitswegweiser.....	33
Soziale Integration.....	34
Binationale Ehen.....	34
Dialogfördernde Maßnahmen.....	34
Interkulturelle Wochen	34
Interkulturelle Konfliktvermittlung	34
Integrationspreis der Stadt Offenbach.....	35
Kulturfest der Nationen	35
Förderung von Projekten gemäß der Richtlinien der Stadt Offenbach am Main für die Finanzierung von Integrationsprojekten Dritter.....	35
Modellregion Integration.....	35
Resumee	36
Strukturell:	36
Identifikatorisch:.....	37
Kulturell:	37
Sozial:.....	37
Fortführung der dialogfördernden Maßnahmen.....	38
Fortsetzung der Förderung von Projekten gemäß der Richtlinien der Stadt Offenbach am Main für die Finanzierung von Integrationsprojekten Dritter	38
Fortschreibung und Aktualisierung des Gesundheitswegweisers der Stadt	38
Weiterentwicklung der niedrigschwelligen Sprachförderangebote:.....	38
Weiterentwicklung der Konzeption Projekt „Migrationsberatung im Bürgerbüro“	38
Integrationsmonitoring fortsetzen und weiterentwickeln:	38
Willkommenskultur weiter verbessern:	39
Interkulturelle Öffnung der Verwaltung (und der städtischen Gesellschaften) weiterentwickeln und ausbauen:.....	39
Aufbau eines Dolmetscherpools für die Institutionen und Einrichtungen in der Stadt.....	39
Beteiligung an einer regionalen Einbürgerungskampagne	40
Förderung der Integration in Offenbach im Rahmen des neuen Programms WIR, Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“.....	40

Das Offenbacher Integrationskonzept

Das Integrationskonzept der Stadt Offenbach wurde in einer Zeit entwickelt (die erste Bestandsaufnahme der Integrationsarbeit in Offenbach geschah 2001), in der sich die politische und gesellschaftliche Betrachtung und Beurteilung von Migration erheblich veränderte. Im Jahr 2000 war das neue Staatsangehörigkeitsrecht verabschiedet worden. Die bundesdeutsche Diskussion um die Anerkennung der deutschen Zuwanderungsrealität, bzw. ob Deutschland ein Einwanderungsland sei, mit allen nachfolgenden Überlegungen um die Fragen der „nachholenden Integration“, der Integrationsförderung etc., begleitete und beeinflusste die Offenbacher Konzeptentwicklung und die Diskussion in den beteiligten politischen Gremien.

Das Offenbacher Integrationskonzept formulierte Ziele und schlug eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Integration in der Stadt vor. Die wichtigsten Ziele waren: Chancengleichheit in Schule und Ausbildung, Chancengleichheit durch Sprach- und Integrationskurse, Interkulturelle Öffnung, Zusammenleben im Alltag, Abbau von Hindernissen beim Zugang zu Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Abbau von Hindernissen beim Zugang zu Gesundheitsversorgung und Pflege
Die wichtigsten Maßnahmen waren:

- Fortsetzung und Ausbau der vorschulischen Sprachförderung in den Offenbacher Kindertagesstätten,
- Realisation eines „Interkulturellen Gesundheitswegweisers“,
- Einrichtung eines Vermittlerpools für Interkulturelle Konflikte bei der „Leitstelle Zusammenleben in Offenbach“¹
- Neuausrichtung der Arbeit der Migrationsberaterinnen und Migrationsberater für die Belange der öffentlichen Verwaltung
- Weiterentwicklung und Ausbau Interkulturellen Lernens im Schulbetrieb durch Fortbildungsveranstaltung für die Lehrerausbilder
- Aufbau und die Etablierung eines Monitoring-Prozesses zur Interkulturellen Öffnung in der Verwaltung.

Die Verabschiedung und Beschlussfassung des Offenbacher Integrationskonzepts erfolgte knapp zwei Jahre vor dem Inkrafttreten des heutigen Zuwanderungsgesetz (Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz - ZuWG)) im Jahre 2005.

Durch die Verabschiedung des Integrationskonzepts wurde der Integrationspolitik der Stadt Offenbach ein Rahmen gegeben. Dabei sollte es einen verbindlichen Rahmen für kommunalpolitische Handlungsansätze geben.

Um diesbezüglich Integration und Integrationserfolge zu messen, ist es aus heutiger Sicht notwendig, die Begriffe „Migrantinnen und Migranten“ und „Menschen mit Migrationshintergrund“ zu operationalisieren. Zu dieser Zeit wurden jedoch lediglich die

¹ Heute: Abteilung Soziale Stadtentwicklung und Integration im Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration

Daten von Ausländerinnen und Ausländern statistisch ausreichend erfasst.² Daten über Menschen mit Migrationshintergrund (auch Deutsche) wurden seinerzeit noch nicht ermittelt. Die Bemühungen zur Datenerfassung der Menschen mit Migrationshintergrund begannen in Offenbach erstmals im Jahre 2005. Heute ist es möglich, auf Grundlage der Meldestatistik und unter Zuhilfenahme eines Auswertungsprogramms (MigraPro) den Migrationshintergrund aller in Offenbach lebenden Einwohnerinnen und Einwohner zu ermitteln.

Die Daten für den entsprechenden Rahmenindikatorensatz „Integrationsmonitoring“ wurde letztmalig im Jahr 2011 für die Jahre 2010 und früher im Auftrag der Landes Hessen erhoben und veröffentlicht. Wo dies möglich ist, wurden dem vorliegenden Bericht zusätzlich aktualisierte Zahlen zugrunde gelegt.

Integrationserfolge werden häufig nicht als solche wahrgenommen. Denn Integration ist ein Prozess, der sich nach wie vor über mehrere Generationen erstreckt. Integrationserfolge lassen sich deshalb in der zweiten und dritten Migrantengeneration oft besser erkennen als in der ersten.

Integrationsmonitoring

Im Juli 2013 wurde bereits der zweite Hessische Integrationsmonitor „Integration nach Maß“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Er schreibt den im Jahr 2010 erschienen ersten landesweiten Integrationsmonitor wesentlich fort, indem er sich auf aktuelles Zahlenmaterial stützt.

Monitoring heißt Beobachtung. In der deutschen und europäischen Integrationspolitik spielt Monitoring eine immer wichtigere Rolle. Der Hessische Integrationsmonitor vergleicht Daten für Personen mit und ohne Migrationshintergrund bzw. Ausländer und Deutsche in zentralen Bereichen gesellschaftlicher Teilhabe.

Dabei untersucht der Integrationsmonitor verschiedene integrationspolitische Handlungsfelder, so unter anderem den Kindergartenbesuch, die Schulabschlüsse, die Erwerbstätigkeit oder das Gefühl der Zugehörigkeit. Abweichungen können einen entsprechenden Handlungsbedarf verdeutlichen, z.B. wenn die Bildungserfolge ausländischer Kinder und Jugendlicher deutlich hinter denen der Deutschen zurückbleiben.

Ein Ziel der Landesregierung ist es, ein flächendeckendes und abgestimmtes System von Integrationsmonitoren auch auf kommunaler Ebene nutzbar zu machen. Eine Pionierrolle kam dabei den Kommunen und Kreisen zu, die, wie Offenbach auch, im Jahr 2009 als „Modellregionen Integration“ ausgewählt wurden. Für diese liegt heute ein jeweils eigenes Monitoring vor.

Auch nach 10 Jahren gilt heute nach wie vor als Grundkonsens, dass Integrationsarbeit und Migrationsangelegenheiten eine wichtige kommunale Aufgabe darstellen und deshalb als zentrale Querschnittsfunktion wahrgenommen werden müssen. Integration bleibt damit auch in Offenbach ein zentrales politisch-gesellschaftliches Ziel.

Die Umsetzung der Ziele der Integrationsarbeit soll unter Berücksichtigung der Auswertung und Bewertung der für die erfolgreiche Integrationsarbeit zugrunde liegenden Dimensionen und Indikatoren weiterhin entlang von Schwerpunkten geschehen. Die vorliegenden Daten zeigen, dass für die Bearbeitung der Folgen von Zuwanderung nach Offenbach starke Integrationsanstrengungen unternommen wurden und in vielen Bereichen Erfolge vorliegen. In einigen Bereichen müssen die Anstrengungen jedoch weiter fortgesetzt werden.

² Zum Teil werden auch heute noch die Daten in vielen Behörden lediglich unter dem Ansatz von Deutsch/Nichtdeutsch erhoben und veröffentlicht. Diese liegen dann auch in diesem Bericht entsprechend nur für die angegebenen Unterscheidungsmerkmale vor.

Die vier Dimensionen von Integration

Erfolgreiche Integration ermöglicht allen Menschen einer Stadtgesellschaft die Teilhabe auf den Ebenen von Kultur, Schule, Ausbildung, Zugang zu Berufen, Ämtern und Mandaten. Integration beinhaltet eine Beziehung zwischen Zugewanderten und Aufnahmegesellschaft. In diesem wechselseitigen Verhältnis, müssen beide Seiten bestimmte Bereitschaften und Leistungen zeigen. Die Teilnahmemöglichkeiten der Zugewanderten bei den Angeboten der Aufnahmegesellschaft setzen den Erwerb bestimmter Kenntnisse, Fähigkeiten, Einstellungen und Motivationen voraus. Für die aufnehmende Gesellschaft bedeutet dies neben einer sich „öffnenden Haltung“ das zur Verfügung stellen von materiellen und nicht-materiellen Ressourcen.

Sowohl für Zuwanderer als auch für die Aufnahmegesellschaft bedeutet dies unter Umständen einen mühsamen und aufwändigen Lernprozess und die Bereitschaft zur Veränderung, die auch die Wertevorstellung beider Seiten berühren kann.

Um diese Erfolge in vielen gesellschaftlichen Lebensbereichen messbar zu machen, wurden in der Migrationsforschung vier Dimensionen von Integration beschrieben³, die mit Hilfe von Indikatoren den Grad der Integration, z.B. bei der Teilhabe, der Identifikation mit dem Land, dem rechtlichen Status etc. ausdrücken. Durch ein Monitoring-System wird auf diese Weise über einen längeren Zeitraum die Entwicklung von Integrationsprozessen systematisch erfasst und beobachtet. In der kommunalen Arbeit fanden die vier Dimensionen Eingang in die Integrationskonzepte zahlreicher Kommunen und dienen dort zusammen mit den passenden Untersuchungsmerkmalen der Entwicklung und Überprüfung der Integrationsarbeit vor Ort. Auch die Integrationsabteilung des Landes Hessen arbeitet seit Jahren mit den Dimensionen und den passenden Untersuchungsmerkmalen im sogenannten Integrationsmonitoring.⁴

Es werden 4 Dimensionen von Integration unterschieden:

- **Strukturelle Integration** bezeichnet einen Prozess, in dem Zuwandernde einen Mitgliedsstatus in der Aufnahmegesellschaft erwerben und Zugang zu gesellschaftlichen Positionen in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Bildungs- und Qualifikationssysteme, Wohnungsmarkt und politische Gemeinschaft⁵ erreichen sowie gleichberechtigte Chancen und Zugänge erhalten. Neben der Herstellung einer wirtschaftlich gesicherten Grundlage sind weitere wichtige Bereiche struktureller Integration das Bildungs- und Qualifikationssystem, sowie der gleichberechtigte Zugang zum Wohnungsmarkt und zum öffentlich geförderten Wohnungsversorgungssystem. Durch die Einbürgerung als weitere grundlegende Bedingung für strukturelle Integration werden die Zuwanderer vollständig in die politische Gemeinschaft integriert.
- **Soziale Integration** bedeutet die gesellschaftliche Mitgliedschaft im privaten Bereich durch Teilnahme und Akzeptanz bei sozialen Aktivitäten wie zum Beispiel bei Vereinsmitgliedschaften der Aufnahmegesellschaft. Soziale Beziehungen Freundschaften und Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen sind gebunden an die Offenheit und Akzeptanz seitens der Aufnahmegesellschaft⁶ und die Bereitschaft dort

³ U.a. Heckmann, Friedrich (1997): Integration und Integrationspolitik in Deutschland. Efms Paper 11 Bamberg. Esser, Hartmut (1980): Aspekte der Wanderungssoziologie. Darmstadt/Neuwied und Heitmeyer, Wilhelm/ Anhut, Reimund (Hg.)(2000): „Bedrohte Stadtgesellschaft“. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim/München

⁴ Z.B. Bielefeld, Stuttgart, München etc.

⁵ Sie Kapitel „Indikator Zugang zu politische Gemeinschaft“, S.15ff.

⁶ Die Aufnahmegesellschaft in Offenbach besteht heute zur Hälfte aus Menschen die selbst oder eines ihrer Elternteile einmal zugewandert sind.

mitzuwirken. Die Gestaltung von öffentlichen und halböffentlichen Räumen sollte dergestalt erfolgen, dass sie zur Begegnung und zum Dialog einladen.

- **Kulturelle Integration** oder Akkulturation meint unter anderem kognitiv kulturelle Lern- und Internalisierungsprozesse bei den Zugewanderten wie bei der einheimischen Bevölkerung, die notwendig sind für die Teilnahme und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Indikatoren um den Stand kultureller Integration von Zugewanderten und Aufnahmegesellschaft beschreiben zu können sind neben Sprachkenntnissen und Sprachgebrauch, die Mediennutzung und eine positive Einstellung zu interreligiöser und interethnischer Eheschließung.
- **Identifikatorische Integration** zeigt sich in Prozessen neuer persönlicher Zugehörigkeitsdefinitionen. Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass ethnisierende Zuschreibungen und Ausschlussverfahren in der Aufnahmegesellschaft die Identifikation mit dieser beeinflussen. Die von den Zugewanderten im Einwanderungsland gemachten Lebenserfahrungen stellen deshalb ein zusätzliches Kriterium dar, um den Stand der Integration qualitativ zu erheben.

Auch heute gilt noch, dass das wichtigste Identifikationsmoment für die Menschen ist, Sicherheit über die gesellschaftliche „Zugehörigkeit“ zu gewinnen.

Auch wenn nach wie vor viele gesellschaftliche und rechtliche Vorgaben, zum Beispiel die Voraussetzungen für die vollständige rechtliche Gleichstellung oder die Beschränkung des Wahlrechts, außerhalb der kommunalen Entscheidungskompetenz liegen, gibt es auf kommunaler Ebene Spielräume für die Verbesserung der Integrationschancen. Das Erkennen von Partizipationsmöglichkeiten, die Förderung des Dialoges und die Unterbindung von sozialer und kultureller Ausgrenzung sind Ziele von Maßnahmen, die auf kommunaler Ebene angestoßen und maßgeblich mit beeinflusst werden können.

Die Dimensionen in der Kategorisierung „ethnische Gruppe“ werden als Oberbegriff für die Datenerhebung mit den sogenannten Indikatoren für ein bundesweites Indikatorensystem betrachtet, und seit dem Programm „Modellregion Integration“⁷ (2009 – 2013) auch von der hessischen Landesregierung verwendet.

Bezugsdaten

Die Daten, welche in diesem Bericht verwendet werden, umfassen, wo dies möglich war, den Berichtszeitraum 2003/2004 bis 2013. Da verschiedenen Datenquellen verwendet wurden, sind einige Abweichungen unvermeidlich. Während das Melderegister und die Daten des Amtes für Statistik und Integration z.B. Daten eines Kalenderjahres zu Verfügung stellen können, beziehen sich z.B. die Daten des Staatlichen Schulamtes jeweils auf Schuljahre. Die Daten, welche über das Programm MigraPro vom KOSIS-Verbund⁸ zur Ermittlung des Migrationshintergrundes der Bevölkerung in der Kommune generiert werden, werden erst seit dem Jahr 2009 ermittelt. Die verwendeten Daten aus dem Rahmenindikatorensatz des hessischen Integrationsmonitoring beziehen sich lediglich auf die Jahre 2005 und 2010. Das Hessische Statistische Landesamt verwendet nach der Zensuserhebung für die Jahre ab 2011 korrigierte Daten, welche eine Vergleichbarkeit mit früheren Datensätzen er-

⁷ Das Programm hatte zum Ziel, bestehende Anstrengungen des Landes und der Region zu vernetzen, gemeinsame Leitbilder zu erarbeiten und grundlegende Veränderungsbedarfe zu erkennen, um die Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Integrationspolitik zu schaffen. Integrationspolitik sollte hierbei als wichtige Querschnittsaufgabe angesehen und wahrgenommen werden.

⁸ Kommunales Statistisches Informationssystem des Verbands Deutscher Städtestatistiker (VDSt)

schwert.

Um die Entwicklung über einen längeren Zeitraum darzustellen wurden letztlich auch Zeitreihen verwendet, welche Daten darstellen, die vor dem Berichtsjahr des Integrationskonzepts liegen. Insofern sind nicht alle Datensätze vergleichbar, veranschaulichen aber in ihrem verwendeten Bereich die dargestellte Thematik anschaulich.

Bevölkerungsstruktur

Die Basis der Daten zur Offenbacher Bevölkerungsstruktur bildet die Fortschreibung der Daten des Melderegisters durch das Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration, sowie die Daten der Bundesagentur für Arbeit. Die Bevölkerungsfortschreibung wird auf der Basis des Einwohnermelderegisters weiter fortgeschrieben. Eine Anpassung an die vom Zensus 2011 veröffentlichten Zahlen ist bisher nicht möglich.

Generell beträgt die statistische Differenz der Bevölkerungsdaten in Offenbach nach dem Zensus -6,4%. Für die Gesamtbevölkerung bedeutet dies eine Korrektur von vormals 122.705 Einwohnerinnen und Einwohnern zum Stichtag 31.12.2011 auf insgesamt 114.855 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Daten sollen die Situation in Offenbach dokumentieren. Der Vergleich zu anderen Städten in der Region wird künftig mitberücksichtigt, um einen Vergleich in der Dynamik der Entwicklung ablesen zu können.

Einwohner der Stadt Offenbach am Main⁹

Bevölkerungsentwicklung

114.371 Einwohner am 31.12.1977

111.359 Einwohner am 31.12.1987

117.201 Einwohner am 31.12.1997

126.934 Einwohner am 31.12.2013

Bevölkerungsentwicklung im Vergleich zu ausgesuchten kreisfreien Städten¹⁰

Bevölkerung, Deutsche und Nichtdeutsche in den Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	2001 und 2002							
	Bevölkerung am 31.12.2001				Bevölkerung am 31.12.2002			
	insgesamt	Deutsche	Nichtdeutsche		insgesamt	Deutsche	Nichtdeutsche	
Anzahl			%	Anzahl			%	
Darmstadt, Wissenschaftsst.	138 457	118 793	19 664	14,2	138 959	118 899	20 060	14,4
Frankfurt am Main, St.	641 076	497 114	143 962	22,5	643 726	500 167	143 559	22,3
Offenbach am Main, St.	118 429	87 764	30 665	25,9	119 233	88 198	31 035	26,0
Wiesbaden, Landeshauptst.	271 076	217 167	53 909	19,9	271 553	216 299	55 254	20,3

⁹ Quelle: Melderegister, Amt für Statistik und Integration, Fortgeschriebene Bevölkerungszahlen

¹⁰ Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2014

2004 und 2005

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Bevölkerung am 31.12.2004				Bevölkerung am 31.12.2005			
	insgesamt	Deutsche	Nichtdeutsche		insgesamt	Deutsche	Nichtdeutsche	
			Anzahl	%			Anzahl	%
Darmstadt, Wissenschaftsst.	140 078	118 880	21 198	15,1	140 562	118 477	22 085	15,7
Frankfurt am Main, St.	646 889	507 476	139 413	21,6	651 899	509 046	142 853	21,9
Offenbach am Main, St.	119 527	88 216	31 311	26,2	119 430	88 325	31 105	26,0
Wiesbaden, Landeshauptst.	274 076	218 072	56 004	20,4	274 611	217 883	56 728	20,7

2008 und 2009

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Bevölkerung am 31.12.2008				Bevölkerung am 31.12.2009			
	insgesamt	Deutsche	Nichtdeutsche		insgesamt	Deutsche	Nichtdeutsche	
			Anzahl	%			Anzahl	%
Darmstadt, Wissenschaftsst.	142 310	121 003	21 307	15	143 332	121 890	21 442	15
Frankfurt am Main, St.	664 838	527 398	137 440	20,7	671 927	531 952	139 975	20,8
Offenbach am Main, St.	118 977	88 801	30 176	25,4	118 770	89 243	29 527	24,9
Wiesbaden, Landeshauptst.	276 742	220 457	56 285	20,3	277 493	221 767	55 726	20,1

2012¹¹

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Bevölkerung am 31.12.2012			
	insgesamt	Deutsche	Nichtdeutsche	
			Anzahl	%
Darmstadt, Wissenschaftsst.	147 925	125 173	22 752	15,4
Frankfurt am Main, St.	687 775	515 807	171 968	25
Offenbach am Main, St.	116 945	81 969	34 976	29,9
Wiesbaden, Landeshauptst.	272 636	229 424	43 212	15,8

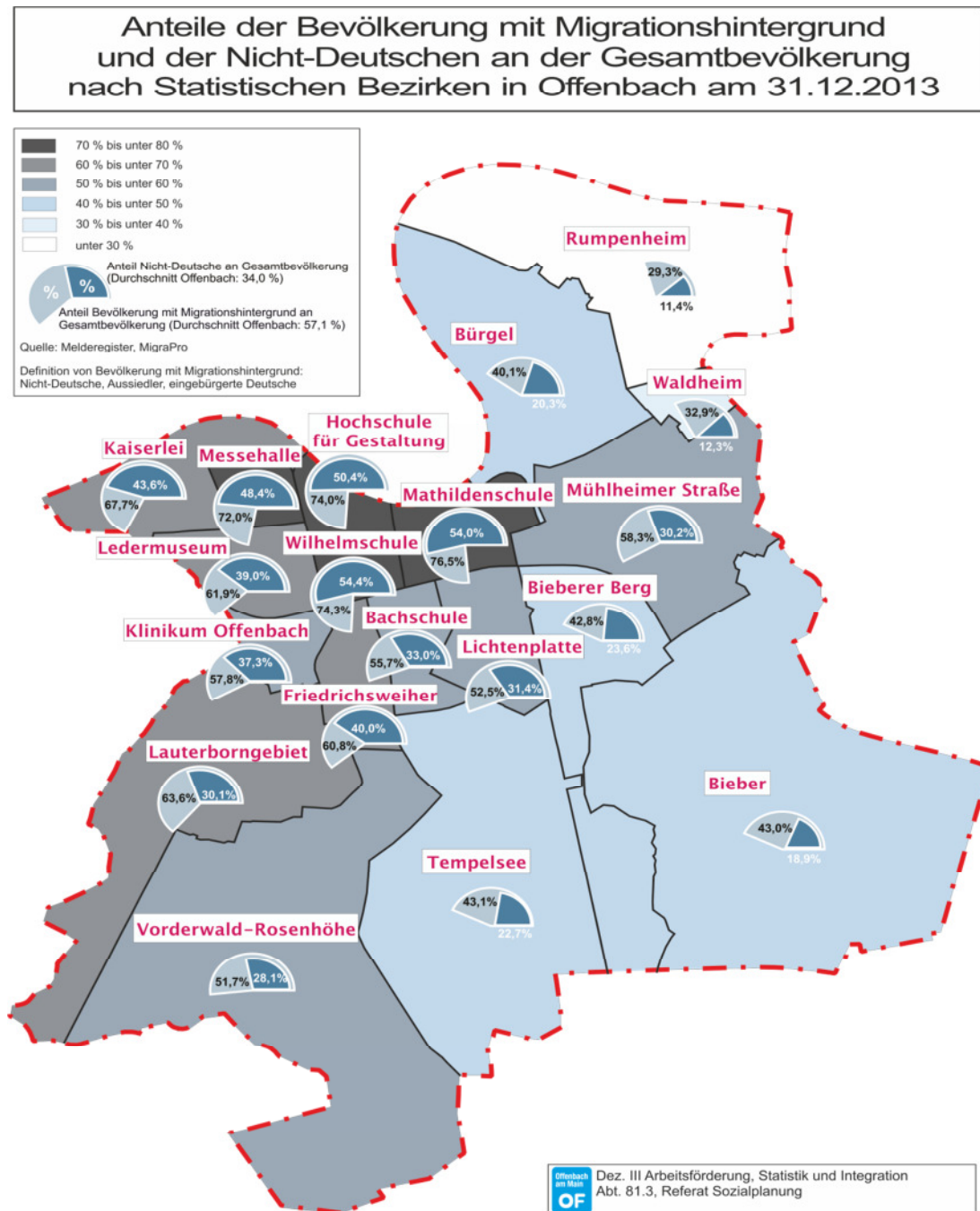
Einwohner Nichtdeutsche

19.132 Nichtdeutsche am 31.12.1977, 16,7%-Anteil
 21.951 Nichtdeutsche am 31.12.1987, 19,7%-Anteil
 36.084 Nichtdeutsche am 31.12.1997, 30,8%-Anteil
 35.592 Nichtdeutsche am 31.12.2007, 30,2%-Anteil
 40.848 Nichtdeutsche am 31.12.2012, 32,9%-Anteil
 43.196 Nichtdeutsche am 31.12.2013, 34,0%-Anteil

¹¹ Das Hessische Statistische Landesamt verwendet als Datengrundlage die Zahlen nach dem Zensus von 2011

Einwohner mit Migrationshintergrund

63.471 Einwohner mit Migrationshintergrund am 31.12.2009
 66.051 Einwohner mit Migrationshintergrund am 31.12.2010, 55,17%-Anteil
 66.250 Einwohner mit Migrationshintergrund am 31.12.2011
 69.214 Einwohner mit Migrationshintergrund am 31.12.2012
 72.531 Einwohner mit Migrationshintergrund am 31.12.2013, 57,1%-Anteil
 Verteilung im Stadtgebiet Offenbach. Der Mindestanteil von Menschen mit Migrationshintergrund beträgt knapp 30%



In Offenbach betrug die Zahl der nichtdeutschen Einwohnerinnen und Einwohner mit Stichtag 31. Dezember 2013 insgesamt 43.196 Personen. Am 31.12.2007 waren es noch 35.592 nichtdeutsche Einwohnerinnen und Einwohner.

Strukturelle Integration

Ausbildungsbeteiligungsquote¹²

Die Ausbildungsbeteiligungsquote ist der Anteil der Auszubildenden im Dualen System im Alter von 18 bis unter 21 Jahren an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe.

Der Indikator "Ausbildungsbeteiligungsquote" misst die Partizipation im Dualen System und ist damit eine wichtige Voraussetzung für die Integration in den Arbeitsmarkt. Abweichungen in der Verteilung zwischen Deutschen und Ausländern geben Hinweise auf den unterschiedlichen Zugang zum Ausbildungsmarkt. Da hiervon die Teilhabechancen für den Arbeitsmarkt wesentlich abhängen, ist die Entwicklung der Indikatorwerte wichtig für die Einschätzung des strukturellen Integrationsprozesses.

Gleiche Teilhabechancen an der Ausbildung im Dualen System stehen für eine erfolgreiche Integration. Mit der Altersgruppe der 18- bis unter 21-Jährigen wird die relevante Altersgruppe in den Indikator "Ausbildungsbeteiligungsquote" einbezogen.

Die Ausbildungsbeteiligungsquote von deutschen und ausländischen Jugendlichen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren an allen Jugendlichen zwischen 18 bis unter 21 Jahren der eigenen Gruppe (in %) ist seit 2005 insgesamt stabil.

Bis zum Stichtag Juni 2013 nimmt die Zahl der deutschen Jugendlichen in der Altersgruppe ab. Parallel dazu steigt die Zahl der nichtdeutschen Jugendlichen in Ausbildung an. Danach steigen die Ausbildungszahlen für beide Gruppen deutlich an und die Zahl der deutschen Jugendlichen in Ausbildung nimmt erstmals wieder zu – allerdings in geringerem Maße als die Zahl der nichtdeutschen Jugendlichen.

Diese könnte ein Hinweis auf verbesserte, aber noch nicht gleiche Teilhabechancen für ausländische Jugendliche auf dem Ausbildungsmarkt verstanden werden.

Im Jahr 2013 steigen die Ausbildungszahlen der deutschen Auszubildenden erstmals wieder während die Zahl der nichtdeutschen Jugendlichen in der bezogenen Altersgruppe zurückgegangen ist.

In 2005 hatten insgesamt 660 Jugendliche in der angegebenen Altersgruppe einen Ausbildungsplatz im dualen System nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO). Im Jahre 2010 waren es insgesamt 634 Personen.

Im Berichtsjahr mit Stichtag Ende Dezember 2013 haben 755 Jugendliche in der Altersgruppe der 18 bis unter 21-Jährigen einen Ausbildungsplatz im dualen System nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO).

Die Zahl der deutschen Jugendlichen ist im Vergleichszeitraum 2005 bis Juni 2013 von 514 auf 545 angestiegen, und die Zahl der nichtdeutschen Jugendlichen ist im Vergleichszeitraum von 143 auf 200 Jugendliche stärker angestiegen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Auszubildende am Wohnort (WO)

¹² Quelle: Bundesagentur für Arbeit: natürlich ist die Ausbildung im dualen System nur ein Teil des gesamten Systems der beruflichen Bildung. Weiterhin wichtig und zunehmend wichtiger werden auch bei Immigranten Berufsausbildungen in schulischen Ausbildungsgängen oder das Studium an Hochschulen, Berufsakademien u. ä. Die Beteiligung am dualen Ausbildungssystem ist jedoch nach wie vor eine zentrale Kenngröße für die Verteilung beruflicher Chancen. Dazu kommt, nur für diesen Bereich gibt es einigermaßen konsistente und auf den Wohnort beziehbare Daten, die nach Deutschen und Nicht-Deutschen getrennt aufgeschlüsselt werden können.

Offenbach am Main, Stadt (Gebietsstand des jeweiligen Stichtags)

Altersgruppe	Staatsangehörigkeit	31.12.2013	31.12.2010	31.12.2008	31.12.2005
		Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
18 - 20 Jahre	Insgesamt	745	634	620	660
	davon Deutsche	545	464	445	514
	Ausländer	200	169	175	143

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Beschäftigungsquote¹³

Die Beschäftigungsquote ist in Offenbach im Zeitraum von 2005 bis 2010 um 2,3 % gestiegen¹⁴. Im Jahr 2010 waren insgesamt 44.290 Erwachsene im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit deutscher und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit in Offenbach erwerbstätig. Bei der Ermittlung der Quote werden Beschäftigte in Vollzeit oder Teilzeit gleichermaßen gezählt, ebenso wie Personen, deren Arbeitsverhältnis zum Erhebungszeitpunkt ruht, etwa aufgrund von Elternzeit. Im Jahr 2013 waren mit Stichtag 30.06. insgesamt 41.657 Erwachsene im angegebenen Alter beschäftigt.

Während die Zahl der deutschen Erwerbstätigen im betrachteten Zeitraum von 30.428 auf 28.0561 Personen gesunken ist, ist die Zahl der nichtdeutschen Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum von 11.623 auf 13.540 Erwerbstätige deutlich angestiegen. Damit ist der Anstieg bei den nichtdeutschen Erwerbstätigen mehr als doppelt so hoch ausgefallen wie bei den deutschen Erwerbstätigen. Die Beschäftigungsquote lag für zum Stichtag 30.Juni 2013 für die deutschen Erwerbstätigen bei 49,6%, für die nichtdeutschen Erwerbstätigen bei 47,7%.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte¹⁵

In der längerfristigen Betrachtung ist die Situation in Offenbach von einem deutlichen Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort gekennzeichnet. Von 1992 bis 2005 ging sie um gut 15 Prozent auf insgesamt 44.344 Beschäftigte zurück. Im September 2013 waren es mit insgesamt 41.657 Beschäftigten insgesamt 2.687 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort weniger als im Jahr 2005¹⁶.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte am Wohnort				
	30.06.2000	30.06.2005	30.06.2010	31.03.2013
Gesamt	39.933	36.682	38.703	41.530
Ausländer	10.245	9.580	11.014	13.148
Anteil Ausländer in Prozent	25,7	26,1	28,5	31,7

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Ausländer am Wohnort ist bis 2013 deutlich gestiegen. Der Anteil der Ausländer an allen Beschäftigten stieg von knapp 26 auf knapp 32 Prozent.

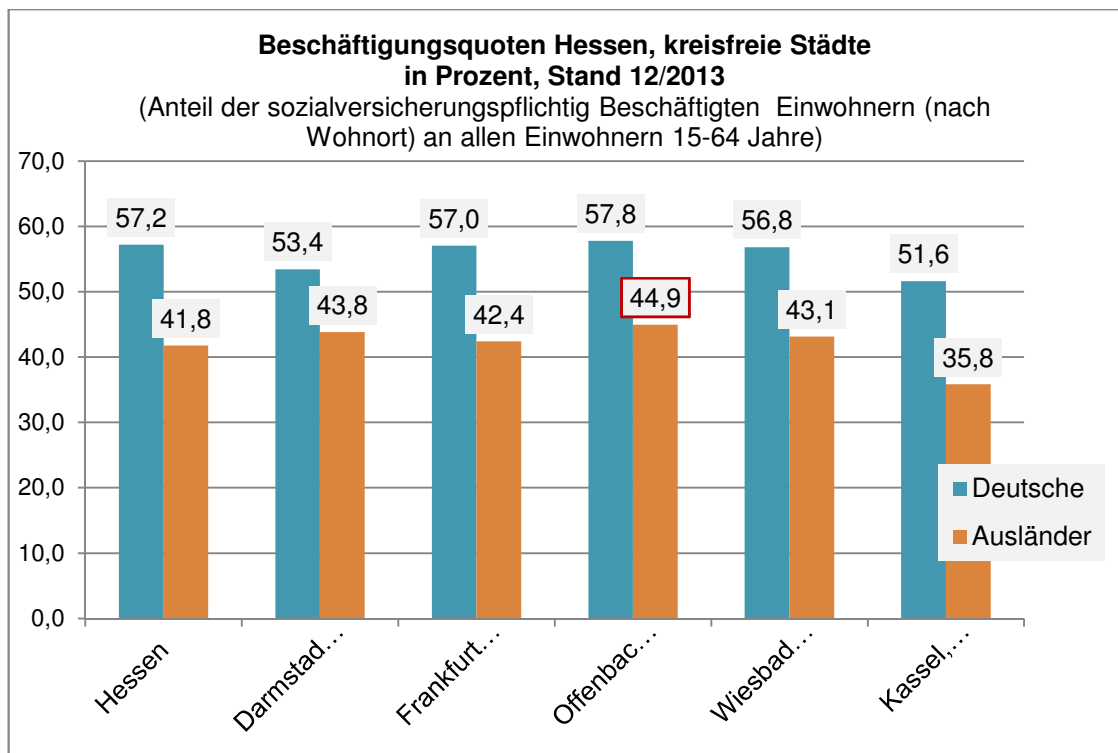
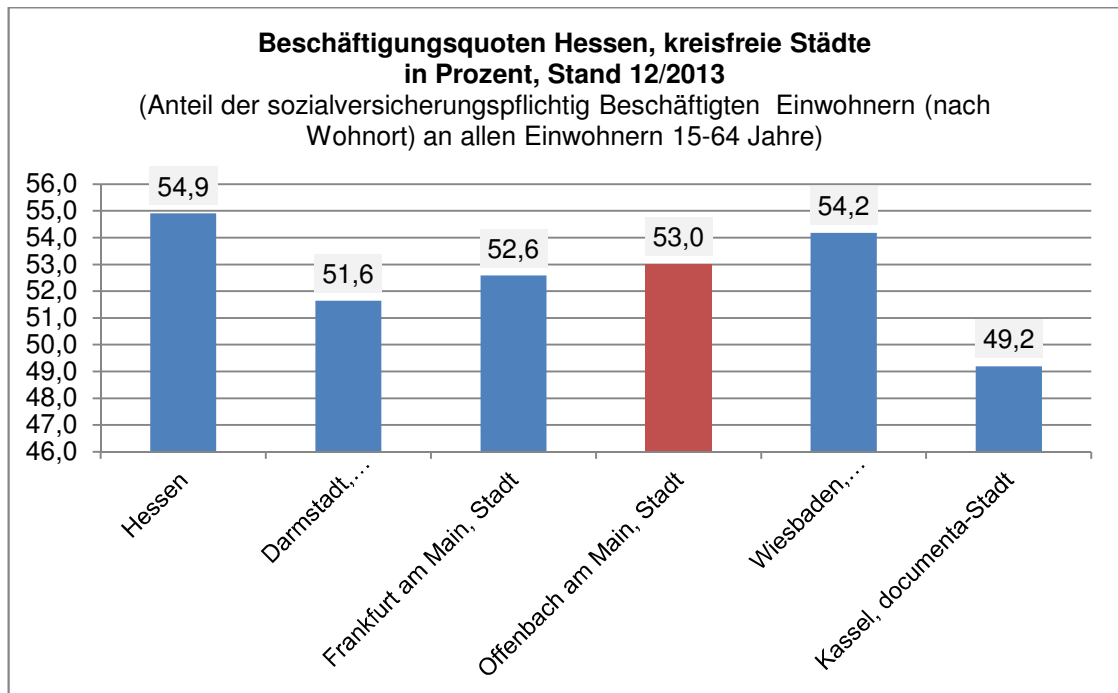
¹³ Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2013

¹⁴ Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2013 und Rahmenindikatorensetz hess. Integrationsmonitoring, 2011

¹⁵ Quelle: HSL/Hessische Kreiszahlen

¹⁶ Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Juni 2013. Bevölkerung, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Beschäftigungsquoten nach ausgewählten Merkmalen

Im Zeitraum 2012/2013 hatte Offenbach nach Wiesbaden die zweithöchste Beschäftigungsquote nach Wohnort in Hessen¹⁷.



Im Vergleich der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort zwischen Deutschen und Nichtdeutschen haben Nichtdeutsche Beschäftigte im Verhältnis zum Anteil an der Offenbacher Gesamtbevölkerung (34%) einen höheren Anteil als

¹⁷ Quelle. Bundesagentur für Arbeit 2013. Beschäftigungsquoten in Prozent nach hessischen Gemeinden

die deutschen Beschäftigten an deren Gesamtbevölkerungsanteil. Eine Verteilung nach Migrationshintergrund liegt nicht vor.

Zugang zu politischer Gemeinschaft

Für Offenbach mit seinen sich immer stärker sozial und kulturell differenzierenden Gesellschaften ist die Frage der Integration und Teilhabe von zentraler Bedeutung für den Zusammenhalt. Das gilt nicht zuletzt für den Bereich der Politik. Demokratie bedeutet die Möglichkeit der gleichen Teilhabe an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Durch gleiche Wahlen bestimmen die Bürger ihre politischen Repräsentanten, durch politische Beteiligung können sie Einfluss auf die Politik nehmen.

In welchem Maße sich die Bürger engagieren und in welchem Ausmaß es der Kommunalpolitik gelingt, Bürger in das politische Geschehen einzubeziehen, ist von zentraler Bedeutung für gleiche Teilhabechancen und politische Integration.

Unter politischer Integration versteht das Statistische Bundesamt den Prozess, in dessen Verlauf die Bürger durch ihre eigene politische Beteiligung in die politische Willensbildung einbezogen werden und dadurch sowohl die demokratischen »Spielregeln« anerkennen, als auch Loyalitätsbeziehungen gegenüber den politischen Institutionen und Akteuren entwickeln¹⁸.

Am 14. Dezember 1972 beschloss die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag des Magistrates einen Koordinierungskreis, der folgende Mitglieder hatte: Zehn ausländische Arbeitnehmer, die auf Vorschlag des DGB benannt wurden, drei Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, zwei Mitglieder des Magistrates, zwei Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes und je ein Vertreter der Caritas, der Inneren Mission und der Arbeiterwohlfahrt.

Dieser Koordinierungskreis sollte dazu beitragen, der großen Zahl der in Offenbach arbeitenden und wohnenden ausländischen Arbeitnehmer/-innen und ihren Familien bei der unbedingt notwendigen Eingliederung zu helfen. Man erkannte, dass eine Isolation der ausländischen von der deutschen Bevölkerung für beide Teile auf die Dauer schädlich ist.

Der Koordinierungskreis hatte auch die Aufgabe, den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung bei allen mit der Betreuung ausländischer Mitbürger und ihrer Integration in die Offenbacher Bevölkerung auftretenden Fragen zu beraten. Diese Aufgabe hat sich bis zum heutigen Tage nicht nur verändert, sondern sie ist vielfältiger geworden.

Um die Effizienz der Arbeit des Koordinierungskreises zu erhöhen und dem Vertretungsorgan eine demokratische Grundlage zu geben, hat die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss vom 12. April 1984 den Koordinierungskreis für ausländische Arbeitnehmer aufgelöst und beschlossen, einen Ausländerbeirat zu bilden, der als beratendes Organ für den Magistrat – entsprechend der Kommissionsordnung der Stadt Offenbach – tätig wird.

¹⁸ Datenreport 2006, Statistisches Bundesamt

Nachdem die Voraussetzungen für die Wahl des Ausländerbeirates in einer am 4. September 1986 verabschiedeten Wahlordnung und einer am 10. September 1987 beschlossenen und amtlich bekannt gegebenen Satzung geschaffen wurden, wählte die ausländische Bevölkerung am 29. November 1987 in Offenbach zum ersten Mal den Ausländerbeirat. Die Wahlbeteiligung lag bei 26 %.

Seit 2001 und der vorangegangenen Änderung der Hauptsatzung besteht der derzeitige Ausländerbeirat aus 25 Mitgliedern. Seit 2005 wird er auf 5 Jahre gewählt.¹⁹

In der Wahlperiode 2001 bis 2006 hatten sechs Offenbacher Stadtverordnete einen Migrationshintergrund. Das war ein Anteil von 8,4% an allen Stadtverordneten der Wahlperiode.

In der Wahlperiode 2011 bis 2016 sind es 13 Stadtverordnete von insgesamt 71. Das ist ein Anteil von 18,3% an allen Stadtverordneten. In der aktuellen Wahlperiode sind davon 4 Stadtverordnete für die SPD, 5 Stadtverordnete für Bündnis90 / Die Grünen, und jeweils ein Stadtverordnete(r) für die Piraten, für die FDP, für die CDU und für die FNO vertreten.²⁰

Identifikatorische Integration

Einbürgerung

Im Januar 2000 trat das neue Staatsangehörigkeitsrecht in Kraft. Das Besondere des neuen Rechts war, dass es das Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) durch den Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt im Inland (*ius soli*) ersetzte. Alle Kinder von Deutschen und von Ausländern mit dauerhaftem Aufenthaltsstatus, erwerben bei Geburt in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit.

Im Ausland geborene Kinder, deren deutsche Eltern bzw. deutsche Mutter oder deutscher Vater am oder nach dem 01.01.2000 (Inkrafttreten der Staatsangehörigkeitsrechtsreform) im Ausland geboren wurden, erwerben wegen des Wegfalls des Abstammungsprinzips damit grundsätzlich nicht mehr die deutsche Staatsangehörigkeit.

Einbürgerung als Indikator kann Ausdruck gelingender Integration sein. Nur wer eingebürgert ist, verfügt über alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten. Die Frage der Einbürgerung ist oft verbunden mit der Frage der emotionalen Bindung zum Staat, wobei auch zu beachten ist, dass Einbürgerungsanträge auch durch Interessen an einer Sicherung bzw. Verbesserung des Aufenthaltsstatus motiviert sind. So werden EU-Bürger, die den Deutschen weitgehend gleichgestellt sind, in deutlich geringerem Maße eingebürgert als Nicht-EU-Bürger.

Die Zahl der Anspruchseinbürgerungen, von in Deutschland geborenen Kindern mit ausländischen Eltern (*ius soli* Kinder), hat sich seit der Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 in Offenbach bei 302 Kindern im Durchschnitt pro Jahr eingependelt.

¹⁹ Entnommen aus „Die Geschichte des Ausländerbeirats der Stadt Offenbach“, 2008

²⁰ Die Wahlperiode 2006 bis 2011 kann wegen fehlender Möglichkeiten der Datenakquise derzeit nicht dargestellt werden.

Einbürgerungen seit 1991

Jahr	männlich	weiblich	Gesamt	Anspruchseinbürgerungen
1991	144	140	284	-
1992	189	180	369	-
1993	168	170	338	-
1994	194	197	391	-
1995	229	254	483	-
1996	227	208	435	-
1997	299	269	568	-
1998	302	255	557	-
1999	410	332	742	-
2000	347	299	646	245
2001	590	482	1 072	299
2002	538	466	1 004	333
2003	422	361	783	313
2004	422	384	806	309
2005	520	464	984	330
2006	430	412	842	319
2007	440	457	897	302
2008	489	436	925	283
2009	457	451	908	282
2010	440	418	858	271
2011	401	412	813	270
2012	425	356	781	286
2013	374	370	744	246

Quelle: Melderegister

Statistik und Wahlen

Von 18.618 anspruchsberechtigten Offenbacher Einwohner(innen) haben sich beispielsweise im Jahr 2010 insgesamt 858 Offenbacher einbürgern lassen. Hier zeigt sich noch ein großes Integrationspotential und Handlungsfeld.

Im Jahr 2013 haben sich 774 Offenbacher einbürgern lassen. Die Zahl der Einbürgerungen ist insgesamt weiter rückläufig.

Rechtliche Integration

Ausländerinnen und Ausländer nach Aufenthaltstiteln bzw. Duldung

Die Freizügigkeit von EU-Bürgern in den Staaten der Europäischen Union hat auch zu Veränderungen im Aufenthaltsrecht geführt. Im Jahr 2001 lebten von insgesamt 38.261 nichtdeutschen Einwohner(innen) 16.467 Personen mit dauerhaftem Aufenthaltsstatus. Der andere Teil hatte dagegen eine Aufenthaltsbefugnis (Aufenthalt aus

humanitären Gründen), eine Aufenthaltsbewilligung (zweckgebundener, vorübergehender Aufenthalt, Studenten usw.) oder eine befristete Aufenthaltserlaubnis (8.998 Personen). Ebenfalls befristet waren zu dem Zeitpunkt 2.100 Personen mit EG-Staatsangehörigkeit. 57% der Nichtdeutschen Personen hatten in 2001 einen befristeten Aufenthaltsstatus.

In 2012 haben inzwischen 84,3% der nichtdeutschen Einwohner(innen) einen dauerhaften Aufenthaltsstatus. 15,3% der Nichtdeutschen haben eine Befristung, 0,36% eine Duldung²¹.

Hier ist eine deutliche Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für den nichtdeutschen Bevölkerungsanteil in Offenbach zu verzeichnen.

Diversität

Interkulturelle Öffnung

Seit Auflegung von Indikatoren für ein bundesweites Integrationsmonitoring wird inzwischen auch der Bereich der kulturellen Vielfalt erfasst. Hintergrund ist das Thema der Interkulturellen Öffnung in den Einrichtungen und Behörden. Das Bundesministerium des Innern begründet die Notwendigkeit Interkulturelle Öffnung umzusetzen u.a. wie folgt:

- Eine Gesellschaft, in der kulturelle Heterogenität herrscht, kann sich besser repräsentiert sehen.

Bedienstete aus unterschiedlichen Kulturen können die divergierenden Interessen in einer kulturell heterogenen Gesellschaft besser verstehen und berücksichtigen und so zu einer höheren Akzeptanz des Verwaltungshandelns bei allen Bevölkerungsgruppen beitragen.

- Gemischt-kulturelle Teams sind bei der Lösung komplexer Aufgabenstellungen oft effizienter und kreativer als monokulturelle Teams.
- Wegen des demographischen Wandels und der sinkenden Zahl von Erwerbsfähigen ist Deutschland schon aus wirtschaftlichen Gründen darauf angewiesen, die Potenziale aller hier lebenden Menschen zu nutzen.

Migrantinnen und Migranten machen in Offenbach einen hohen Bevölkerungsanteil aus. Jeder zweite Einwohner stammt aus einer Zuwanderungsfamilie. Im Durchschnitt besaßen mit Stichtag 31.12.2012 insgesamt 80,5% aller Offenbacher Kinder unter drei Jahren einen Migrationshintergrund.

²¹ Quelle: Rahmenindikatorensetz hess. Integrationsmonitoring, Ausländeramt OF, Eigene Berechnung Statistik OF

Migrationshintergrund von Kindern unter 3 Jahren nach ausgesuchten Statistischen Bezirken in Prozent

Statistischer Bezirk	2013		Gesamt
	mit Migrationshintergrund absolut	in %	
11 Hochschule f. Gestaltung	138	89,6 %	154
12 Wilhelmschule	230	93,5 %	246
13 Messehalle	322	90,4 %	356
14 Kaiserlei	71	94,7 %	75
15 Ledermuseum	251	82,6 %	304
16 Mathildenschule	234	91,1 %	257
21 Klinikum OF	121	75,2 %	161
22 Lauterbornggeb.	356	86,6 %	411
23 Friedrichsweiher	188	85,8 %	219
24 Bachschule	129	75,9 %	170
25 Lichtenplatte	227	84,4 %	269
26 Bieberer Berg	54	73,0 %	74
31 Rosenhöhe	91	77,1 %	118
32 Tempelsee	103	77,4 %	133
33 Bieber	297	67,5 %	440
41 Mühlheimer Str.	59	95,2 %	62
42 Waldheim	13	52,0 %	25
43 Bürgel	173	67,3 %	257
44 Rumpenheim	66	44,9 %	147
Gesamt	3 123	80,5 %	3 878

Quelle: Melderegister, MigraPro
2013

Statistik und
Wahlen

Migrationshintergrund ist damit bei den jüngsten nachwachsenden Generationen gewissermaßen „Normalität“. In vieler Hinsicht ist ein Migrationshintergrund inzwischen auch kein Thema mehr für Integrationsfragen, da die Menschen mit Migrationshintergrund schon lange als vollständig in die deutsche Gesellschaft integriert gelten können. Umfang und Schwerpunkte der Integrationsproblematik lassen sich insofern nur noch teilweise über demographische Merkmale bestimmen.

Interkulturelle Öffnung in der Stadtverwaltung

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 01. Oktober 2010 beschlossen, die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung und der städtischen Gesellschaften als eine gesamtstädtische Querschnittsaufgabe anzugehen. Dabei wurde der Magistrat beauftragt, zum einen bei der Rekrutierung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie jugendlicher Auszubildender interkulturelle Kompetenzen gezielt und verstärkt zu berücksichtigen und zum anderen zu fordern, Unterstützungs-, Fort- und Weiterbildungsangebote zielgenau auf die Bedürfnisse von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie jugendlicher Auszubildender mit Migrationshintergrund bereitzustellen. Dieses sollte auch für die städtischen Gesellschaften gelten.

Vor dem Hintergrund des o.g. Stadtverordnetenbeschlusses, den Anteil an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund in der Verwaltung zu erhöhen wurde zur Feststellung des augenblicklichen Standes des Migrationshintergrunds bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung im Juni 2013 auf Initiative des Integrationsdezernenten eine Fragenbogenaktion zu dessen Ermittlung durchgeführt.

Zu dem Untersuchungsmerkmal „Beschäftigte im Öffentlichen Dienst mit Migrationshintergrund“ gibt es in Offenbach erstmals seit dem Jahr 2008 Zahlen. Von 998 Beschäftigten in der Stadtverwaltung in Offenbach hatten im Jahr 2008 6,8% einen Migrationshintergrund. Im Jahre 2010 hatten von insgesamt 1.013 Beschäftigten 7,2% einen Migrationshintergrund. Hier konnte bislang aber lediglich die Nationalität als Unterscheidungsmerkmal zu Grunde gelegt werden. Die Zahlen waren daher unvollständig.

Insgesamt 38,63% aller Befragten haben den Fragebogen im Jahr 2013 ausgefüllt. Der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund beträgt demnach 17,94%. Die Zahl kann auf Grund der nicht gesicherten Repräsentativität nur ein Indiz sein. Das Indiz zeigt trotz höheren Anteils im Vergleich zur reinen Orientierung an der Nationalität im Verhältnis zum Migrationsanteil in der Bevölkerung immer noch einen erheblichen Abstand.

Als Erfolg für den Prozess der Interkulturellen Öffnung der Verwaltung ist die Verankerung des Anforderungsprofils „Interkulturelle Kompetenz“ in den Stellenausschreibungen der Stadt und der stadteigenen Gesellschaften auf Initiative des Integrationsdezernenten zu bewerten. In jeder Ausschreibung werden jetzt Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund besonders ermutigt.

Einrichtungen in der Kommune müssen sich kritisch damit auseinandersetzen, ob sie den Anforderungen der multiethnischen Stadt gerecht werden.

Dafür sind prüfbare Indikatoren zur interkulturellen Orientierung und Öffnung der Verwaltung notwendig. (z.B.: Anteil der Führungskräfte, der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie der Nachwuchskräfte mit Migrationshintergrund, operationalisierte Ziele für jede der Verwaltungseinheiten zur interkulturellen Orientierung und Öffnung, Zielerreichungsquoten, Anteil der interkulturell geschulten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen insgesamt).

Migrationsberatung im Bürgerbüro

Um ein bedarfsgerechtes Angebot an Migrationsberatung in Offenbach zu erhalten und die veränderten Ansprüche, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und auch die sich ändernde Zusammensetzung der Zielgruppe Rechnung zu tragen, wurde im Jahr 2007 das Projekt „Migrationsberatung im Bürgerbüro“ ins Leben gerufen, welche die Neuzuwanderer nach Offenbach möglichst frühzeitig über die Angebote in Offenbach informiert und durch die Angebotsvielfalt im Bildungs- und Sozialsystem lotsen hilft. Hier bot sich das Bürgerbüro als erste Anlaufstelle für die Zugewanderten zur Anmeldung des Wohnsitzes an. Mit der Optimierung der vorhandenen Schnittstellen zwischen den Angeboten der städtischen Verwaltung und den Migrationsberatungsdiensten der Wohlfahrtsverbände konnten so Überschneidungen oder Mehrfachberatungen vermieden werden. Die verstärkte Integration einzelner Beratungsangebote in die klassischen Regeldienste führte einerseits dazu, dass diese frühzeitig aufgesucht werden, andererseits verändern auch die Dienste der Verbände im Sinne einer Zielgruppenorientierung ihr Angebot. Dies hat zu weiteren Projekten geführt, welche durch die Stadt finanziell unterstützt werden. Für die Unterstützung von Schwerpunkten der Arbeit der Migrationsberatung mit bestimmten Zielgruppen, wie zum Beispiel die Arbeit mit türkischen Zugewanderten

und zuletzt mit rumänischen und bulgarischen Zugewanderten hat die Stadt seit dem Jahr 2000 über 220.000 € Anteilsfinanzierung geleistet.

Insgesamt verzeichneten die Migrationsberaterinnen und Migrationsberater im Projektzeitraum 2007 bis 2013 über 4.000 Gesprächskontakte. Den über 4.000 Kontakten standen neun angesprochene Themenbereiche gegenüber. Dabei nahmen Frauen(53%) das Angebot etwas häufiger in Anspruch als die männlichen Ratsuchenden. Bei den unter 27-Jährigen nahmen deutlich mehr Frauen (69%) das Angebot war als die Männer aus der gleichen Altersgruppe.

Jede fünfte Person suchte im Bereich sozialrechtlicher Fragen um Rat nach. Knapp 16% hatten Beratungsbedarf zu Gesetzen und Verträgen, gefolgt von den Themenbereichen Familie (12% aller Nachfragen) und Aufenthalt(11% aller Anfragen).

Frauen hatten im Verhältnis zu männlichen Ratsuchenden einen signifikant höheren Beratungsbedarf bei den Themen Gesundheit (70%), Integrationskurse (60%) und Schule/Ausbildung (60%).

Die Fragen nach Schulden, Wohnung und aufenthaltsrechtliche Fragen standen ebenfalls bei beiden Geschlechtern sehr häufig im Mittelpunkt. Die Altersgruppe der unter 27-Jährigen hatte einen besonderen Beratungsbedarf zu den Themen Sozialleistungen, Aufenthalt und Schule/Ausbildung. Hier gab es innerhalb der Altersgruppe keine geschlechtsspezifische Abweichung.

Kulturelle Integration

Sprachkompetenz

Sprache ist ein entscheidender Faktor für eine gelingende Integration und Querschnittsaufgabe für die verschiedenen Bildungsbereiche zugleich. Menschen mit entsprechenden Sprachkompetenzen aus dem Land in dem sie leben und arbeiten, ermöglichen ihnen eine aktive Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen und somit eine nachhaltige wirtschaftliche Integration.

Dieses gilt im Besonderen auch für Kinder, und im Besonderen für Kinder aus mehrsprachigen Familien. Für sie ist ein fundierter Erwerb der deutschen Sprache eine elementare Voraussetzung für eine spätere erfolgreiche Bildungs- und Berufskarriere. Ein guter Spracherwerb fördert nicht zuletzt das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen, da die dauerhafte kulturelle Pluralisierung der Gesellschaft längst Tatsache geworden ist.

Spracherwerb von Zugewanderten

Durch die Einführung und Finanzierung der Integrationskurse für Neuzuwanderer durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zum 1. Januar 2005 und der Öffnung dieses Segments für private Bildungsanbieter hat sich die Datenlage weiter diversifiziert und ist schwerer zu vergleichen.

Deshalb beschränkt sich hier die Erhebung entsprechend der Erhebung des ersten Integrationsberichts auf den Aspekt des Spracherwerbs von Zugewanderten an der Volkshochschule.

Im Jahre 2001 haben 2.287 Personen die regulären Deutschsprachkurse und 1.645 Personen den Programmbereich Deutsch als Fremdsprache bei der Volkshochschule besucht.

im Folgenden ist die Entwicklung der Zahlen zu den Entwicklungen im Bereich Deutsch als Fremdsprache der Volkshochschule dargestellt:

Deutschkurse/Integrationskurse/Tests (seit 2005) der Lernstufen A1 – C1

Jahr	Kurse	Unterrichtsstunden	Anmeldungen
2003	102	12.626	1.676
2004	96	11.935	1.525
2005	122	10.377	1.850
2006	126	10.961	2.172
2007	135	11.939	2.167
2008	147	11.582	2.397
2009	154	11.275	2.596
2010	187	14.266	3.102
2011	190	14.885	3.237
2012	221	17.158	3.752
2013	235	17.483	3.997

Im Jahr 2013 wurden insgesamt 441 Deutschtests für Zuwanderer (DTZ) abgelegt, davon 295 bestanden auf B1-Niveau und 144 auf A2-Niveau des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (weitere Zahlen verfügbar). Die Teilnehmenden kamen hier aus Stadt Offenbach, Kreis Offenbach und Frankfurt am Main. Eine genauere Unterteilung der Personen mit Wohnsitz in Offenbach ist mit den vorliegenden Daten nicht möglich. Dies scheint für die Zukunft wünschenswert. Für Deutschkurse/Integrationskurse für Frauen wurde zusätzlich Kinderbetreuung angeboten. Angemeldete Kinder in den Jahren:

Jahr:	<u>2009</u>	<u>2010</u>	<u>2011</u>	<u>2012</u>
Kinder:	328	417	402	388

Beratungen

Jeden Dienstag zwischen 14:00 und 17:00 Uhr (außer in den Schulferien) werden für Interessenten an Deutschkursen Beratungen durch die Volkshochschule angeboten. Der Anteil der Ratsuchenden aus EU-Staaten wie Polen, Rumänien, Bulgarien, Spanien und Griechenland wächst.

Im Vordergrund steht die Hilfe bei Anträgen auf Zulassung zu einem Integrationskurs, zur Einbürgerung und Einstufungen in Kurse und Prüfungen A1 – C2, der bundeseinheitliche Einstufungstest des BAMF wird durchgeführt. Darüber hinaus erfolgen in vielen Fällen Weiterleitungen an andere Beratungsstellen in der Stadt (z. B. Pro Familia, Frauen helfen Frauen, WEBB, HC-Beratung, Erziehungsberatung), zu Schulämtern und Schulen, ABH, Jobcenter, Agentur für Arbeit.

Entwicklung der Teilnehmezahlen in der Beratung:

<u>Jahr</u>	<u>Anzahl</u>
2010	1901
2011	2544
2012	2657
2013	2811

Niederschwellige Deutschkurse für Frauen (Mama lernt Deutsch)

Seit 2010 wurden insgesamt 92 Kurse mit 1203 Anmeldungen (mit Kinderbetreuung) durchgeführt.

Standorte:

Wilhelmschule
Waldschule
Beethovensschule
Schule Bieber Waldhof (IB Treff)
Goetheschule (Stadtteilbüro Nordend)
Humboldtschule
Lauterbornschule (Stadtteilbüro Lauterborn)
Mathildenschule
Anne-Frank-Schule

Beratung und niedrigschwellige Sprachförderung für bulgarische und rumänische Zuwanderer

Die niedrigschwellige Sprachförderung für bulgarische und rumänische Zuwanderer wird im Rahmen von Gemeinwesen-orientierten Projekten zu Verbesserung der Integration bulgarischer und rumänischer Zuwanderer in Offenbach angeboten. Zielsetzung ist hier die Stärkung der Selbsthilfepotentiale, die Förderung der deutschen Sprache und die Beratung in rumänischer und bulgarischer Sprache.

Die Einrichtung niedrigschwelliger Deutschkurse für Heranwachsende und Erwachsene, welche von muttersprachlichen Lehrkräften betreut werden, senken die Hemmschwellen zum Besuch von Integrationskursen und helfen, die Bewältigung alltäglicher Situationen zu erleichtern und die Arbeitsmarktchancen der Zuwanderer zu verbessern: Begleitende Informationsveranstaltungen zu relevanten Themen tragen zudem zur Verbesserung der Kenntnis des deutschen Gesellschaftssystems bei.

Im Jahr 2013 fanden zwei niedrigschwellige Deutschkurse für bulgarische Zuwanderer und vier niedrigschwellige Deutschkurse für rumänische Zuwanderer statt. Es haben ca. 120 Personen teilgenommen.

Sprachkenntnisse bei Einschulung

Die Förderung von Sprachkompetenzen ist eine der wichtigsten Elemente für eine nachhaltige Integration und Chancenverbesserung von Immigranten. Deshalb hat die Stadt in diesem Bereich umfangreiche Bemühungen unternommen. Die Lenkungsgruppe Prävention der Stadt setzte im Jahr 2000 hierzu die „Steuergruppe Interkulturelles Lernen“ ein²². Diese soll Wege finden wie die Integration und Kom-

²² Der Steuergruppe gehörten an: Jugendamt der Stadt Offenbach, Leitung, Verwaltung GF EKO, Abt.1, EKO, Fachberatung KITAs, Abt. 1, Jugendbildungswerk, Staatliches Schulamt Offenbach, Schulamtsdirektorin, Schulpsychologin, Hessisches Landesinstitut für Pädagogik, Arbeitsstelle für Interkulturelles Lernen, Leiterin der Regionalstelle, Leitstelle Zusammenleben in Offenbach,

munikation der deutschen, nichtdeutschen und den Familien mit Migrationshintergrund in der Stadt zu verbessern ist, um eine bessere Förderung der Kinder, Jugendlichen und deren Familien zu erreichen.

Konsens herrscht darüber, die Förderung so früh wie möglich anzusetzen. Je früher sie ansetzt, davon war man überzeugt, desto erfolgreicher sei sie und desto „kostengünstiger“ könne sie geleistet werden.

Mit der Auftaktveranstaltung „Sprachförderung für mehrsprachige Kinder mit Migrationshintergrund im Vorschulalter“ im Jahre 2003 zur Entwicklung und dem Ausbau der vorschulischen Sprachförderung in den Offenbacher Kindertagesstätten begann ein Prozess, eine gemeinsame Programmatik für Sprachförderung in Kindertagesstätten und Grundschulen zu entwickeln und moderne Methoden einzuführen.²³

Seit 2004 wurde in den städtischen Kindergärten erstmals Sprachförderung nach dem Konzept „kon-lab“ des Berner Professors Dr. Zvi Penner bei 119 Kindern begleitend eingesetzt.²⁴ Das bedeutet, dass Kinder in Achtergruppen täglich systematisch die Rhythmik und die Melodie der deutschen Sprache lernen. Dafür wurden die Erzieherinnen speziell geschult. Bei der Sprachförderung im EKO wurde dann ein Jahr später komplett auf das Sprachförderprogramm „kon-lab“ umgestellt. Zusätzlich zu „kon-lab“ wurde in 13 Kitas auch das Programm „Hören-Lauschen-Lernen“ des Würzburger Entwicklungspsychologen Professor Dr. Wolfgang Schneider angewendet. Die beiden Forscher haben ihre jeweiligen Programme miteinander verbunden. Die Weiterentwicklung der Sprachfördermethoden sowie die entsprechende Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher ist das erklärte Ziel der Stadt.

Ab 2004 wurde der Ausbau an Plätzen in den Kindertagesstätten erheblich forciert, um der stetig wachsenden Nachfrage nach Krippen, Kindergarten- und Hortplätzen gerecht zu werden. Auch das Sprachförderangebot in den Kindergärten wurde entsprechend ausgebaut.

Jeweils zum Dezember wurden in der Stadt Offenbach einschließlich der Betriebserlaubnisplätze bei freien Trägern vorgehalten:

- 4.236 Plätze in 2004
- 4.542 Plätze in 2005
- 6.105 Plätze in 2012
- 6.431 Plätze in 2013

Betriebserlaubnisplätze in Kindertagesstätten in Offenbach
jeweils zum 31. Dezember

	2004	2005	2012	2013
Krippe	184	230	810	908
Kindergarten	3350	3610	4140	4146
Hort	702	702	1155	1377
Summe	4236	4542	6105	6431

Quelle: EKO, 2014

Volkshochschule der Stadt Offenbach, Leiterin der Frauenbegegnungsstätte, Caritasverband, Migrationsdienst Offenbach, Leitung, externe Expertin, Prof. Dr. Ingrid Haller

²³ In: Sprachförderung für mehrsprachige Kinder mit Migrationshintergrund im Vorschulalter, Dokumentation der Fachtagung vom 22.05.2003 in Offenbach, Deutsches Ledermuseum

²⁴ Bericht „Erziehung und Bildung in Offenbach“, EBO 2013, Stadt Offenbach, Landesschulamt und Lehrkräfteakademie Offenbach – Staatliches Schulamt für den Landkreis Offenbach und die Stadt Offenbach am Main

Zusammen mit den freien Trägern sind für 2015 insgesamt 6.812 Betriebserlaubnisplätze vorgesehen.

Im Jahre 2004 wurden 698 Kinder im Sprachförderprogramm gefördert²⁵. In 2005 waren dies 656 Kinder. Im Jahre 2012 wurden bereits 2.929 Kinder im Sprachförderprogramm gefördert. Und in 2013 waren es 3.017 Kinder.

Im Jahr 2004 wurden insgesamt 605.155,91 Euro für die Sprachförderung an den Kindertagesstätten in Offenbach ausgegeben. Der kommunale Etat sah dafür 120.000 Euro vor. Mit 174.600 Euro beteiligte sich das Land Hessen. Als Eigenmittel wurden vom EKO 310.555,91 Euro zur Verfügung gestellt, die als Ergebnisverschlechterung des EKO letztlich von der Stadt Offenbach zu tragen waren.

Im Jahr 2013 betragen die Ausgaben für die Sprachförderung insgesamt 2.128.852,47 Euro. Der kommunale Etat sah dafür 200.000 Euro vor. Das Land Hessen beteiligte sich in diesem Jahr mit 601.833,75 Euro. Als Eigenmittel wurden vom EKO 1.327.018,72 € zur Verfügung gestellt, die als Ergebnisverschlechterung des EKO letztlich von der Stadt Offenbach zu tragen waren.

Die Sprachförderung über das Landesprogramm „Sprachförderung im Kindergartenalter“ wurde ausschließlich im Kindergartenbereich durchgeführt.

Über das Bundesprogramm "Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BFSFJ) wird in den letzten drei Jahren Sprachförderung auch in den EKO-Krippen durchgeführt.

Das zentrale Ziel der Sprachförderung an den Kindergärten und Krippen sei, so die Sachberichte zum Verwendungsnachweis des Eigenbetriebs Kindertagesstätten Offenbach (EKO) erreicht, wenn jedes Kind, das an der Sprachförderung teilgenommen hat, eingeschult wird.

Im Jahr 2005 nahmen noch 225 Schülerinnen und Schüler an einem vorschulischen Sprachkurs teil (Vorlaufkurse an den Schulen). Im Schuljahr 2011/2012 nahmen an fünf Grundschulen insgesamt nur noch 46 Kinder an Vorlaufkursen teil.²⁶

Kinder in Vorlaufkursen nach Nationalität in der Stadt Offenbach im Schuljahr 2011/12

Nationalität	Deutsch ²⁷	Bulgarisch	Italienisch	Kroatisch	Polnisch	Rumänisch	Türkisch	Zypriot.
Anzahl	20	10	3	1	4	5	2	1
Gesamt	46							

Quelle: Staatliches Schulamt

Ein Grund für den Rückgang der Zahlen von Schülerinnen und Schüler, die an einem vorschulischen Sprachkurs teilgenommen haben, ist in der Umsetzung des hessischen Bildungs- und Erziehungsplans im EKO begründet. Dort ist die gezielte Beobachtung und Dokumentation der Bildungs- und Entwicklungsprozesse von Kindern eine wesentliche Grundlage für die pädagogische Arbeit in Kindertageseinrichtungen.

Dazu zählt auch die Sprachförderung in den Kindergärten. Wie beschrieben wurden in Offenbach im Jahr 2013 insgesamt 3.017 Kinder überwiegend mit Migrationshintergrund sprachlich gefördert. 10,6 Prozent dieser Kinder erhielten Sprachförderung

²⁵ Einschl. EKO und konfessionelle Freie Träger

²⁶ Quelle: Staatliches Schulamt Offenbach

²⁷ Diese Kinder verfügen über einen deutschen Pass und eine nichtdeutsche Muttersprache

in Einrichtungen freier Träger.²⁸ Mit längerer Verweildauer von Kindern mit Migrationshintergrund in einer Kindertageseinrichtung nehmen deren Deutschkenntnisse nach Aussage des Stadtgesundheitsamtes²⁹ zu.

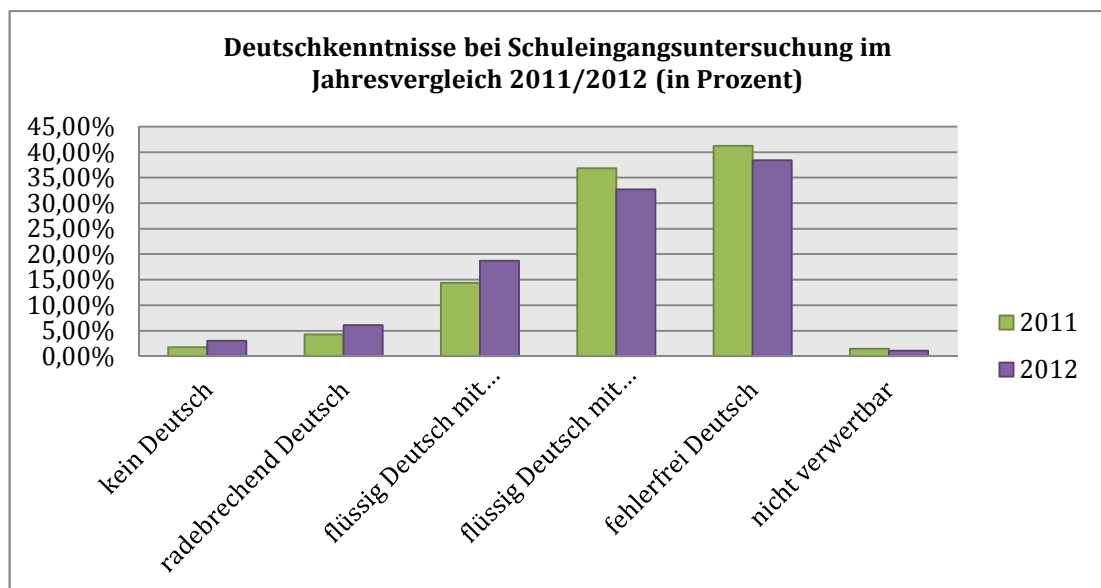
Den Förderbedarf der Kinder stellen u.a. die Schuleingangsuntersuchungen des Gesundheitsamts fest. Grundlage hierfür ist zurzeit das „Hessischen Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (HGöGD)“. Die Schuleingangsuntersuchung in Offenbach wird im Zeitraum von 9 Monaten vor der Einschulung durchgeführt. Erfasst werden alle Kinder, die im kommenden Schuljahr schulpflichtig werden. Hinzu kommen sogenannte „Kann-Kinder“, die auf Antrag der Eltern vorzeitig eingeschult werden können.

Ergänzend zu einem Screening-Verfahren zur Erfassung von Entwicklungsstörungen (S-ENS) werden weitere Befunderhebungen durchgeführt wie zum Beispiel die ausführliche Abfrage der Vorgeschichte (Anamnese) zum Kitabesuch oder Vorlaufkurs und eben der Sprache bei Familien mit Migrationshintergrund. Die Deutschkenntnisse werden nur bei Kindern mit Migrationshintergrund bewertet.

Die Befunde sind wie folgt zusammengefasst:

Von 2011 zu 2012 gab es einen leichten Rückgang der sehr guten bis guten Deutschkenntnisse. Hier dürfte die große Zahl an Neuzuwanderern im Jahr 2012 eine Rolle spielen. Wie zu erwarten war, verbessern sich die Deutschkenntnisse mit der zunehmenden Dauer des Kitabesuches.

Je besser die Deutschkenntnisse der Mutter, umso besser die Deutschkenntnisse des Kindes, aber auch bei Müttern, die nur rudimentär Deutsch sprechen, gibt es eine große Anzahl an Kindern, die flüssig Deutsch mit kleinen Fehlern sprechen.



Quelle: Gesundheitsamt Offenbach, 2012

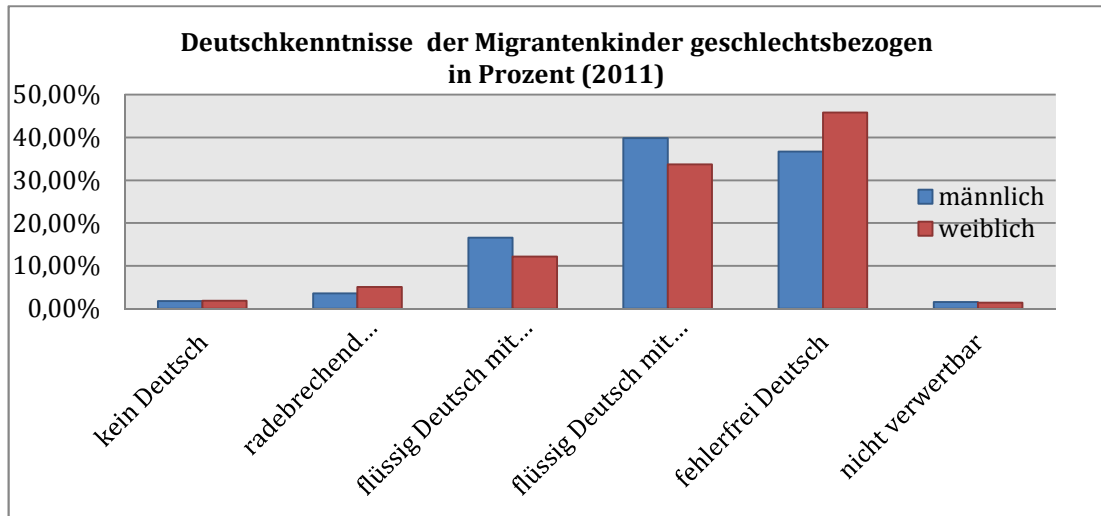
Anm.: 1.238 untersuchte Kinder in 2011

1.257 untersuchte Kinder in 2012

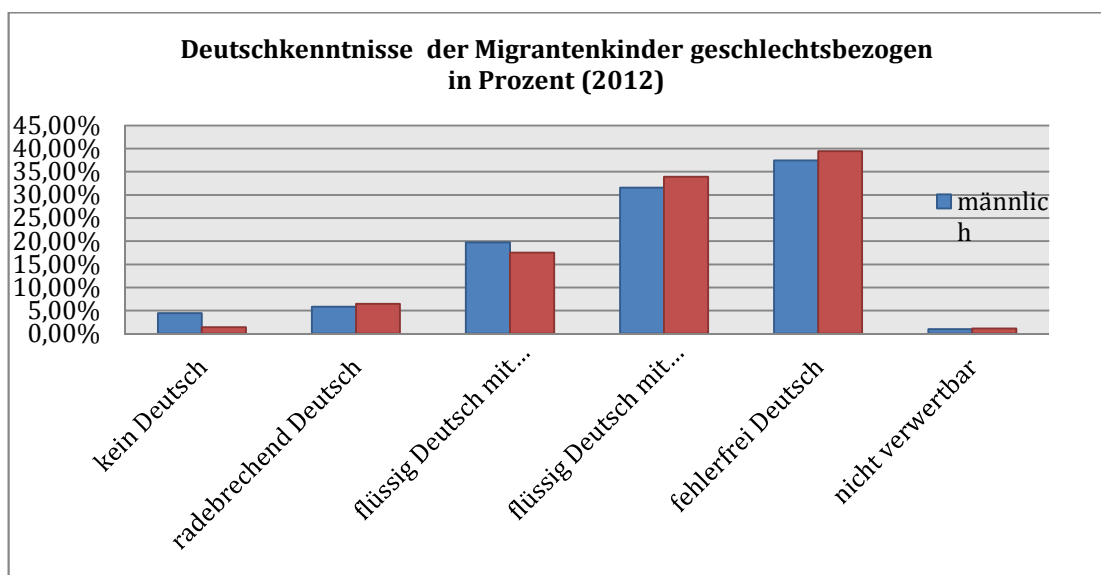
²⁸ Quelle: Eigenbetrieb Kindertagesstätten Offenbach im Bericht "Erziehung und Bildung in Offenbach" (EBO) 2013

²⁹ Quelle: Stadtgesundheitsamt, Dr.Schneider

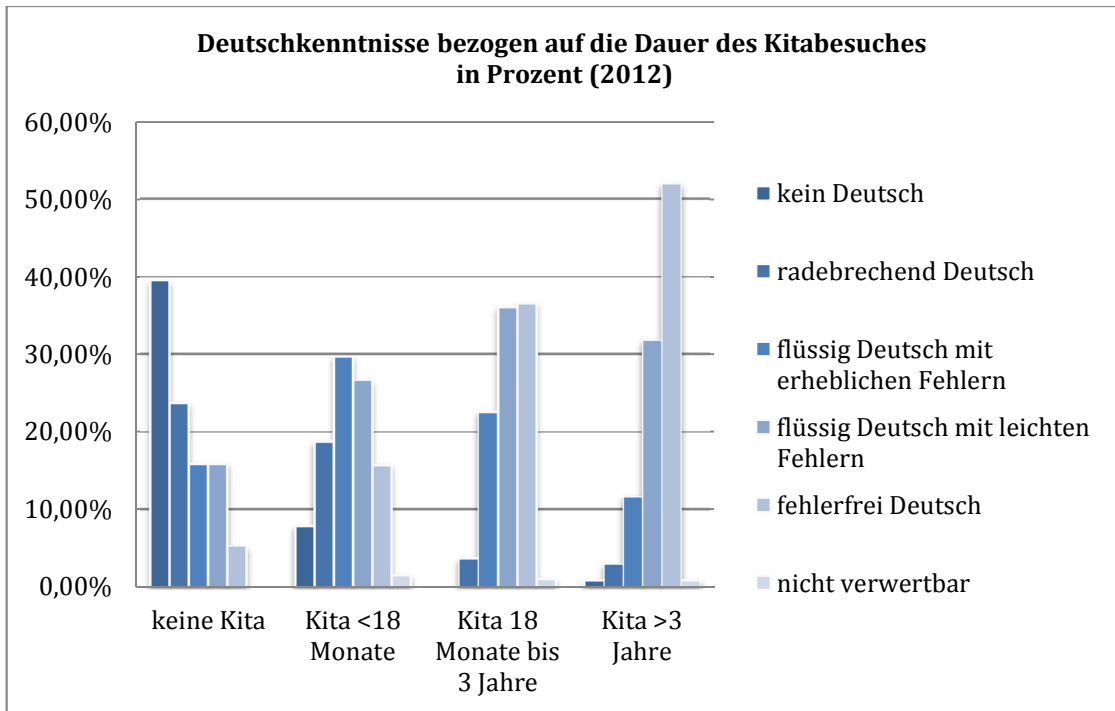
Mehr Mädchen als Jungen sprechen bei der Schuleingangsuntersuchung im Vergleichszeitraum ein fehlerfreies (oder fast fehlerfreies) Deutsch



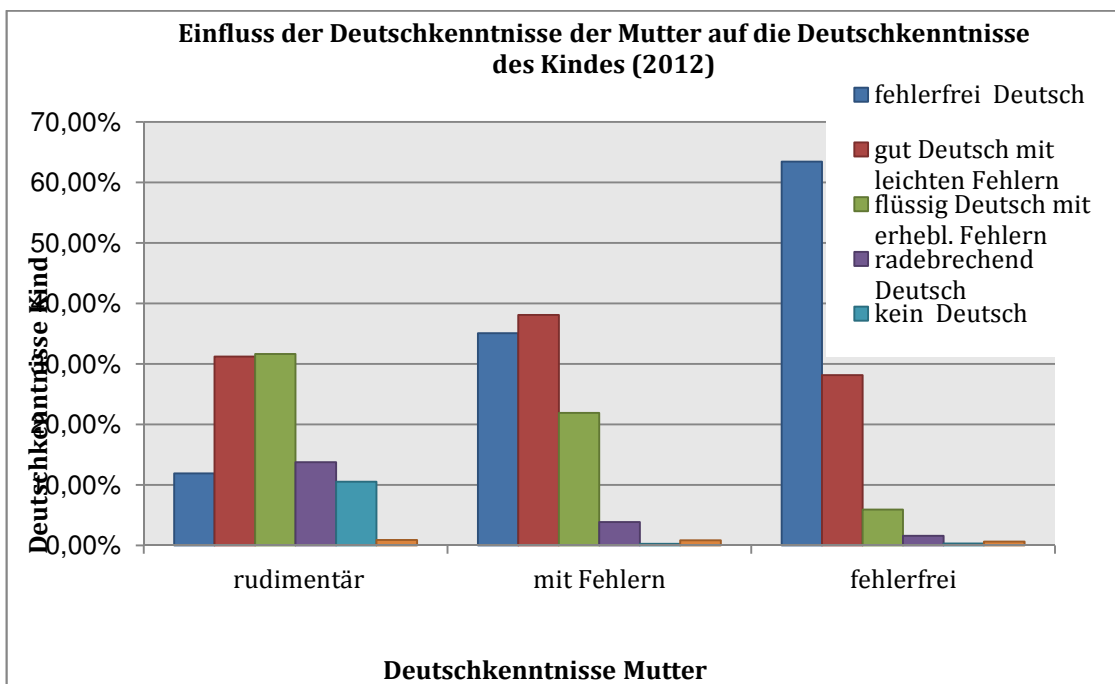
Quelle: Gesundheitsamt Offenbach, 2012



Quelle: Gesundheitsamt Offenbach, 2012



Quelle: Gesundheitsamt Offenbach, 2012



Quelle: Gesundheitsamt Offenbach, 2012

Stärkung der Elternkompetenzen

14 Träger von Angeboten in der Elternbildungsarbeit haben sich 2010 im Netzwerk Elternschule (NES) zusammengeschlossen. Sie verfolgen gemeinsam mit städtischen Ämtern das Ziel, Eltern bei der Entwicklung und Erziehung ihrer Kinder zu unterstützen.

Das „Netzwerk Elternschule“ verbindet derzeit 15 Träger, die sich in Elternbildungsarbeit engagieren mit drei städtischen Ämtern. Eingeschlossen sind Modellprojekte

dieser Ämter, die Elternarbeit in ihrer Zielsetzung haben. Die Federführung liegt beim Jugendamt der Stadt Offenbach. Somit ist das Netzwerk strukturell in die Arbeit der Stadtverwaltung eingebunden.

- Behindertenhilfe in Stadt- und Kreis Offenbach e.V.
- CariJob, Caritasverband Offenbach/Main
- Caritasverband Offenbach/Main
- CGIL-Bildungswerk e.V. Offenbach
- Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Offenbach (Main) e.V.
- Diakonisches Werk Offenbach-Dreieich-Rodgau
- Deutsches Rotes Kreuz Offenbach e.V.
- EKO, Eigenbetrieb Kindertagesstätten Offenbach
- Elternschule Ketteler Krankenhaus
- Evangelische Familienbildungsstätte
- Freundschaftsverein Türkei in Offenbach und Umgebung e.V.
- Internationaler Bund e.V. Verbund Hessen
- Pro Familia e.V. Ortsverband Offenbach
- KUBI , Verein für Kultur und Bildung e.V
- Kath. Bildungswerk Südhessen Bistum Mainz
- Jugendamt:
- Kinder- und Jugendarbeit
- Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche
- EKO, Eigenbetrieb Kindertagesstätten Offenbach
- Amt für Arbeitsförderung Statistik und Integration mit Modellprojekt Modellregion
- Volkshochschule Offenbach mit Modellprojekt Lernen vor Ort

Ein zentrales Thema für das Netzwerk ist der gelingende Zugang zu den Zielgruppen. Was in der Arbeit mit Jugendlichen schon seit vielen Jahren gängige Praxis ist, die Kunden „dort abzuholen, wo sie stehen“ – Stichpunkt Streetwork –, war für viele etablierte Bildungs- und Beratungsstellen bis vor kurzem noch ein fremder Gedanke. Innerhalb des Netzwerks führte dies zu neuen Überlegungen in der Elternbildung. Neue Zugangswege werden auf kreative Weise erprobt.

Beispiele:

- Viele etablierte Träger der „interkulturellen“ Bildungs- und Sozialarbeit orientieren sich traditionell an Zielgruppen aus bestimmten Herkunftsländern. Diese klassischen Zuordnungen lösen sich in den Projekten auf. Bereits in den Stadtteilen verankerte formelle und informelle Beratungs- und Anlaufstellen werden als Plattformen und Veranstaltungsorte für die neuen Angebote genutzt. Dazu gehört auch der türkische oder marokkanische Gemüsehändler an der Ecke, an dessen Kasse Kundinnen angesprochen, mit Informationen über Angebote zur Erziehungsberatung erreicht und zur Mitarbeit eingeladen werden.
- Netzwerkmitglieder aus den Migrantenvereinen fungieren als Brückenbauer und Türöffner zu informellen Netzwerken, in denen viele Migranten organisiert sind. Eltern, die hier ihre sozialen Bezüge haben, erhalten so das Wissen über und das Vertrauen in die Angebote der Träger.
- Darüber hinaus gibt es interkulturell besetzte Angebote (z.B. ELMO), also Joint-Ventures zwischen etablierten Trägern und neu gewonnenen Bürgerinnen und Bürgern aus anderen Ländern, die durch ihren partnerschaftlichen Charakter Integration vorleben und glaubwürdig vermitteln.

Die neuen Zugänge inspirierten zu kreativen Angeboten, die auf die Bedarfe in der Elternbildungsarbeit in Offenbach zugeschnitten sind. Bisher wurden 8 Projekte des Netzwerks in unterschiedlicher Trägerschaft durchgeführt.

Seit September 2013 existiert ein Internetauftritt im Internetportal der Stadt Offenbach mit ca. 130 Elternbildungsangeboten der Träger. Zur Recherche stehen 5 große Rubriken bereit:

- Eltern-Beratung
- Eltern-Kind-Kurse
- Eltern-Kurse
- Eltern-Treffpunkte
- Aktuelle Projekte des NES.

Darunter können die Suchkriterien weiter differenziert werden, z.B. Eltern-Treffpunkte: Eltern-Treffen & Austausch, Eltern-Treffen mit Themen & Bildungsangeboten, Eltern-Treffen mit Bewegungs- & Sportangeboten.

Erleichterung der Bildungsübergänge

Regionales Übergangsmanagement³⁰

Die Arbeitsförderung der Stadt Offenbach richtete im Oktober 2008 im Rahmen des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ das „Regionale Übergangsmanagement“ ein. Aufgabe des „Regionalen Übergangsmanagements“ ist es, die Beratungs-, Förder- und Angebotsstrukturen am Übergang von der Schule in den Beruf oder in die Ausbildung möglichst optimal zu gestalten und weiterzuentwickeln, damit mehr junge Menschen diesen Übergang erfolgreich meistern.

Das regionale Übergangsmanagement sollte hierfür vorhandene Initiativen und Projekte besser vernetzen, Projekte und Strukturen bedarfsgerecht weiterentwickeln, Angebote transparent machen, Lehr- und Fachkräfte qualifizieren sowie Daten erheben.

Folgende Handlungsschwerpunkte wurden erfolgreich bearbeitet:

Datenbasis schaffen

- Im Förderzeitraum wurden vier Schulabgangsbefragungen durchgeführt. In den Berichten werden die Ergebnisse den Schulleitungen, dem Steuerungskreis zur „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule – Beruf“ (OloV)³¹, den Schulkoordinatoren und dem Magistrat zur Kenntnis gegeben.
- Das Regionale Übergangsmanagement ist in der Fachgruppe Bildungsmonitoring eingebunden und hat Beiträge zum jährlichen Erziehungs- und Bildungsbericht geliefert.

³⁰ „Perspektive Berufsabschluss“ mit der Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung aus Bundesmitteln und von der Europäischen Union aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert und von Oktober 2008 bis September 2012 in der Stadt Offenbach umgesetzt.

³¹ OloV will in regionalen Zusammenhängen Strukturen schaffen, stabilisieren und dauerhaft verankern, in denen Jugendliche beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützt werden. OloV will durch Kooperation und Koordination der Ausbildungsmarkt-Akteure junge Menschen schneller in Ausbildung vermitteln und die Transparenz über Angebote und Maßnahmen in diesem Feld erhöhen sowie Parallel- und Doppelstrukturen vermeiden.
<http://www.olov-hessen.de/>

- Auf Initiative des Amtes für Arbeitsförderung, Statistik und Integration wurde das Deutsche Jugendinstitut beauftragt, eine Schulabsolventenstudie über 3 Jahre in der Stadt Offenbach durchzuführen.

Transparenz über Angebote herstellen

- Mit dem Ordner „Wege ins Berufsleben“, der aktualisiert im Internet steht, wurde eine Übersicht erstellt, in der alle Angebote für Jugendliche mit und ohne Abschluss systematisch dargestellt wurden.
- Für die Diskussionen in kommunalen Kontext wurde eine Matrix über alle Angebote der jeweiligen Schule, inklusive der beruflichen Schulen, zusammengestellt

Netzwerk- und Gremienarbeit

- Die Vertreter der Kammern, der Agentur für Arbeit, des kommunalen Jobcenters, des Staatlichen Schulamtes und der Stadt sind auf der Basis der Landesstrategie OloV in einem Netzwerk tätig. In diesem Netzwerk werden Zielvereinbarungen zu den Arbeitsfeldern Berufsorientierung, Vermittlung und Matching und zur Akquise von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen anhand von landesweit geltenden Qualitätsstandards getroffen und Arbeitspakete geschnürt.
- In einem Kooperationsvertrag vereinbarten die Akteure im Übergang Schule in den Beruf eine verbindliche Zusammenarbeit mit und in den allgemeinbildenden Schulen der Stadt Offenbach.

Veröffentlichungen

- Das Regionale Übergangsmanagement hat alle Angebote und Maßnahmen im Übergang von der Schule in den Beruf in einem Ordner und im Internet aufgelistet und erklärt.
- In den „Elternbotschaften“ wurden die Wege in Ausbildung und in die beruflichen Schulen beschrieben und Möglichkeiten aufgezeigt, wie Brüche, die im Übergang von der Schule in den Beruf auftreten, bewältigt werden können. Die Informationen liegen in deutscher, türkischer, italienischer, serbischer und griechischer Übersetzung vor.
- Alle Berichte und Studien des Regionalen Übergangsmanagement sind auf der Homepage der Stadt Offenbach veröffentlicht. Damit ist gewährleistet, dass es einen weiteren Zugriff nach Projektende gibt.
- Die Beiträge der Veranstaltungsreihe „Kompetenzen feststellen“ sind im W. Bertelsmann Verlag unter dem Titel „Berufsorientierung und Kompetenzen“ veröffentlicht. Unter dem Titel „Irgendwann kommt dieser „Klick“ – Offenbacher Produktionsschüler erzählen“ wurden biografische Interviews mit jungen Menschen veröffentlicht.

Lernen vor Ort³²

Das Projekt „Lernen vor Ort“ (Lvo) unterstützt und fördert die Kooperation aller Bildungsbereiche, mit dem Ziel, eine gut aufeinander abgestimmte Bildungslandschaft zu entwickeln, in der

³² Im Internet unter: <http://www.offenbach.de/offenbach/themen/bildung-2/bildungsprojekte/lernen-vor-ort/>

- Übergänge von einem Bildungsbereich zum nächsten gut gelingen,
- Bildungsangebote für alle Lebensphasen und für alle Bürger/innen zur Verfügung stehen und
- die verantwortlichen Akteure in einem guten Sinne miteinander vernetzt arbeiten und sich abstimmen.

Einen Beitrag dazu liefert die von LvO eingerichtete Bildungsberatungsstelle, das Bildungsbüro, und das Netzwerk Bildungsberatung. Sie sind ein Beispiel für die von LvO angestoßenen Prozesse, die durch die Entwicklung verbindlicher Kommunikations- und Kooperationsstrukturen eine verantwortungsvolle Koordination des lebenslangen Lernens in der Kommune mit allen Bildungsakteuren gewährleisten. Ein weiterer zentraler Bestandteil ist das Bildungsmonitoring mit strukturierten Informationen über alle Bildungsbereiche des lebenslangen Lernens. Diese erweiterte Bildungsberichterstattung stellt Hinweise für die Planung konkreter Maßnahmen und zukünftig notwendiger Veränderungen bereit.

Die in der Kommune vorhandenen Integrationsstrukturen und –aktivitäten haben dazu geführt, dass LvO keine zusätzlichen Einzelmaßnahmen entwickelt, sondern stattdessen gelingende „Integration in Bildung“ für alle Arbeitsfelder des Projekts als zentrales Ziel und als Querschnittsaufgabe formuliert wurden. Dies trägt der spezifischen Bevölkerungsstruktur in Offenbach mit einem Anteil von 55% Einwohner/innen mit Migrationshintergrund Rechnung. Durch eine gute Kooperation mit dem Integrationsbeauftragten, der Modellregion Integration, dem Ausländerbeirat und den Migrantenorganisationen sind die Voraussetzungen geschaffen worden, um alle Aktivitäten so zu planen und zu gestalten, dass sie zur Integration beitragen können.

Exemplarisch wird dies in der Analyse der Bereiche des lebenslangen Lernens in der Kommune und einer darauf bezogenen Erarbeitung von Zielen für die Bildungsentwicklung, die unter der Federführung von Lernen vor Ort in dem partizipativ entwickelten „Orientierungsrahmen für Bildungsentwicklung“ dargestellt werden.³³

Der „Orientierungsrahmen“ bereitet auch den Bedarf an Förderung, Unterstützung und Bildung der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund datenbasiert auf. Am Erarbeitungsprozess waren die institutionellen Akteure der Integration beteiligt, und brachten ihre Perspektive ein, welche Schwerpunkte für eine kommunale Bildungsstruktur notwendig sind, um die Bevölkerung mit Migrationshintergrund möglichst optimal zu fördern. Über diese fachliche Perspektive hinaus war der Ausländerbeirat in die Diskussion des Textentwurfs eingebunden und hat z.B. darauf aufmerksam gemacht, dass eine positive Willkommenskultur in jeder (Bildungs-)Institution von Bedeutung ist und eine Akzeptanz und Nutzung der spezifischen Ressourcen von Bürger/innen mit Migrationshintergrund selbstverständlich sein sollte. Besonders gut zeigt sich die Querschnittsaufgabe Integration in den Arbeitsfeldern Beratung, Elternarbeit und Bildungsübergänge. Um die Einrichtung der Bildungsberatungsstelle bekannt zu machen, sind nicht nur die Flyer in die Sprachen Italienisch, Arabisch, Russisch, Griechisch, Türkisch, Polnisch, Kroatisch übersetzt worden, sondern es wurden auch alle Vereine, „Communities“ und Gemeinden informiert, beteiligt und zur Einweihung eingeladen. Der Effekt dieser Maßnahmen zeigt sich unter anderem darin, dass rund die Hälfte derjenigen, die das Bildungsbüro in Anspruch nehmen, einen Migrationshintergrund aufweist. Darüber hinaus informiert das Bildungsbüro Initiativen und Gruppen vor Ort, z.B. in den Stadtteilbüros.

³³ Im Internet unter:

<http://www.offenbach.de/stepone/data/pdf/45/21/00/orientierungsrahmen.pdf>

In Offenbach kommt der Information und Beratung der Eltern im Hinblick auf die Strukturen des Bildungssystems und die sich darin eröffnenden Chancen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund eine große Bedeutung zu. Beides wurde an vielen Stellen von Lernen vor Ort intensiviert, u.a. durch die Weiterentwicklung der Broschüre des Stadtelternbeirats „Was kommt nach der Grundschule?“ und ihre Übersetzung in Türkisch, Bulgarisch, Rumänisch, Italienisch, Griechisch und Serbisch – auch in Rücksprache mit dem Integrationsbeauftragten. In einer Veranstaltung für Multiplikatoren, Gemeinden und Communities sowie für Eltern ist die Broschüre vorgestellt und erläutert worden. Sie kann sowohl von beratenden Institutionen und Multiplikatoren verwendet werden als auch von Schulen, die damit die Eltern der dritten bzw. vierten Klasse informieren und sie auf das obligatorische Beratungsgespräch vorbereiten.

In der Bildungsberichterstattung wurde dafür gesorgt, dass in verschiedenen Berichtssystemen nun auch der Migrationshintergrund ausweisbar ist, dass bei den Daten zur Schülerschaft der Integrationsbezug deutlich verbessert wurde, und dass die Daten der Schuleingangsuntersuchung in Kooperation mit dem Stadtgesundheitsamt erstmalig dem Bildungskontext zur Verfügung stehen. Darüber hinaus hat der im Rahmen der Bildungsberichterstattung von der Jugendhilfeplanung entwickelte Sozialindex im Hinblick auf die unterschiedliche schulische Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund sensibilisiert und die Grundlage für eine kommunal sozial indizierte Vergabe von verfügbaren Mitteln im Schulbereich geschaffen.

Gesundheitsversorgung

Gesundheitswegweiser

Der „Wegweiser Gesundheit“, den die Stadt Offenbach im Jahre 2004 veröffentlicht hat und der im gleichen Jahr auch im Online-Angebot der „Leitstelle Zusammenleben in Offenbach“ aufzurufen war und bei dem die Sprachkompetenzen der in Offenbach niedergelassenen Ärzte wählbar nach Fachgebiet und nach Geschlecht abgefragt werden konnten, wurde inzwischen von der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen (KVH) eingeführt, so dass dieses Angebot wegen des hohen und regelmäßigen Aktualisierungsbedarfs und der faktischen Verdopplung des Dienstleistungsangebots eingestellt wurde.

Wegen zahlreicher offener Fragen zur Thematik der Krankenversicherung von osteuropäischen Zuwanderern und der vorhandenen lokalen Angebotsstruktur hat die Stadt im Jahre 2013 einen Gesundheitswegweiser speziell für diese Gruppe zur Verfügung gestellt. Der Gesundheitswegweiser für ausgesuchte osteuropäische Sprachen ist als Nachschlagewerk für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren konzipiert und stellt - zusätzlich zu den Adressen der niedergelassenen Ärzte mit entsprechenden Sprachkompetenzen, die auch die KVH anbietet - Informationen zur Gesundheitsversorgung zur Verfügung mit dem Blickpunkt Nationalitäten mit den höchsten Zuzugsraten nach Offenbach am Main der letzten fünf Jahre.

Für die Auswahl der Länder wurden die Zuwanderungszahlen von 2008 bis 2012 zugrunde gelegt. Die höchsten Zuwanderungsraten nach Offenbach verzeichnete die Stadt im genannten Zeitraum aus Bulgarien, Griechenland, Polen, Serbien (Kosovo) und Rumänien.

Der Wegweiser macht das lokale Angebot an fremdsprachlichen Beratungs- und Gesundheitsdienstleistungen transparenter. Er enthält hierfür eine Liste von niedergelassenen Ärztinnen, Ärzten, Therapeutinnen und Therapeuten und Beratungsangeboten mit fremd- beziehungsweise muttersprachlicher Kompetenz in den ausgesuchten Sprachen.

Soziale Integration

Binationale Ehen

Die Herausbildung von interethnischen Netzwerken und Beziehungen beinhaltet neben Freundschaften, Vereinsmitgliedschaften oder ganz allgemein die Einbindung in soziale Gruppen und damit die Möglichkeit, soziales und kulturelles Kapital zu erwerben auch den Bereich der Eheschließungen. Diese sind deshalb auch ein Indikator für die Abbildung von Integrationsbereitschaft und den Stand von Integration einer Stadtgesellschaft.

Empirisch belegt ist, dass interethnische Eheschließungen mit steigender Bildung zunehmen. Mit steigender Bildung vergrößert sich auch die geografische Mobilität in Bezug auf Arbeitsplatzangebote

In diesem Zusammenhang sind auch Bildung und Alter entscheidend. Jüngere Menschen, die Menschenrechte³⁴ als wichtiges Gut achten sind toleranter gegenüber anderen Ethnien und daher eher zu einer interethnischen Eheschließung bereit.

In Offenbach wurden im Jahr 1986 von insgesamt 677 Eheschließungen 122 interethnische Ehen geschlossen (18%). Im Jahr 2001 lag der Anteil der interethnischen Ehen bei 36,3%. Die Zahl der Eheschließungen in Offenbach ist seit den 90er Jahren rückläufig. In 2010 wurden insgesamt nur noch 400 Ehen geschlossen. Der Anteil der bi-nationalen Ehen betrug dabei 44,5%.

Dialogfördernde Maßnahmen

Seit vielen Jahren existieren in Offenbach dialogfördernde Aktivitäten, welche von vielen Vereinen, Initiativen und Organisationen ausgerichtet werden mit dem Ziel, das Verständnis des gemeinsamen friedlichen Zusammenlebens zu fördern und Konflikte konstruktiv zu bearbeiten.

Interkulturelle Wochen

Die Interkulturelle Woche ist eine Initiative der Deutschen Bischofskonferenz, des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropole. Die Initiative wird von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kommunen, Migrationsbeiräten, Integrationsbeauftragten und deutsch-ausländischen Initiativgruppen unterstützt und mitgetragen. Seit 20 Jahren werden die „Interkulturellen Wochen in Offenbach“ unter jeweils verschiedenen Leitgedanken veranstaltet.

Mit inzwischen durchschnittlich 50 Veranstaltern von der Schüler- und der Elterninitiative über den Migranten- und Kulturverein bis hin zu Polizei, Gewerkschaft, Kirche, Moschee und Synagoge werden jährlich in 40 bis 60 Veranstaltungen Themen zu interkulturellen und interreligiösen Fragestellungen ausgerichtet die bis zu 5.000 Besucher anlocken. Der Leitgedanke im Jahr 2014 lautet: „Gemeinsamkeiten finden. Unterschiede feiern.“

Interkulturelle Konfliktvermittlung

Seit der Einrichtung des Vermittlerpools für Interkulturelle Konflikte im Jahre 2001 bei der Leitstelle Zusammenleben³⁵ bestehend aus jeweils 15 Mediatorinnen und 15 Mediatoren mit unterschiedlichen Sprach-, Kultur, und Institutionenkompetenzen konnte bis 2013 in knapp 60 Fällen sowohl bei Konflikten im Stadtteil als auch im

³⁴ <http://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>

³⁵ Heute Abteilung Soziale Stadtentwicklung und Integration im Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration

Betrieb und zwischen Migrantenorganisationen erfolgreich vermittelt werden. Die Aufwendungspauschalen für die Vermittlerinnen und Vermittler können inzwischen über die im Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel aufgebracht werden. Im Jahr 2013 wurden 3 Fälle erfolgreich bearbeitet und in 2 Fällen wurde eine Beratung geleistet.

Integrationspreis der Stadt Offenbach

Die Stadt Offenbach hat erstmals im Jahre 1998 den „Preis für hervorragende Leistungen im Bereich der Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger“ verliehen.

Mit dem Integrationspreis erkennt und würdigt die Stadt das Engagement von Personen, Initiativen, Vereinen und innovativen Projekten, die sich im alltäglichen Leben um die Integration und Gleichberechtigung aller Offenbacherinnen und Offenbacher gleich welcher Herkunft, Sprache oder kulturellen Prägung und Lebensweise verdient gemacht haben und für eine gegenseitige Anerkennung der Kulturen eintreten.

Die Verleihung des Integrationspreises benennt Vorbilder und macht sichtbar, dass das Thema Integration alle Einwohnerinnen und Einwohner Offenbachs betrifft und angeht.

Kulturfest der Nationen

Seit 1992 wird das "Kulturfest der Nationen" vom Ausländerbeirat der Stadt ausgerichtet. Zahlreiche Kulturvereine der Stadt beteiligen sich mit kulinarischen und kulturellen Angeboten, welche sie jedes Jahr tausenden von Besuchern des Festes darbieten.

Mit diesem vielseitigen Angebot demonstrieren Offenbachs Bürger die Vielfalt des kulturellen Lebens, dass sie schätzen und steuern damit einen Beitrag zur Sichtbarmachung der Identität Offenbachs bei.

Förderung von Projekten gemäß der Richtlinien der Stadt Offenbach am Main für die Finanzierung von Integrationsprojekten Dritter

Mit der Richtlinie hat die Stadt Offenbach bewusst einen Weg gewählt, der Vertreterinnen und Vertreter von Migrantenvereinen in die Organisationen und Ausrichtung der Angebote einbindet und sie damit in Mitverantwortung für die Weiterentwicklung des Maßnahme Angebots nimmt. Gefordert werden können alle Initiativen Dritter zur Verbesserung der Integration und andere Maßnahmen zur Förderung der kulturellen Bildung und sozialen Kompetenzen; vor allem jedoch sollen kleine selbstständige Initiativen mit konkreten selbstkonzipierten Projekten von den bereitgestellten Mitteln profitieren.

In 2012 und 2013 wurden insgesamt 20 Projekte mit 35.394 Euro gefördert

Modellregion Integration

Die Würdigung der Stadt Offenbach als eine Modellkommune für Integration in Hessen im Jahr 2009 ging mit einer finanziellen Förderung vom Land Hessen bis Ende 2013 einher. Ziel des Programms war, die Integrationsbedingungen vor Ort langfristig zu verbessern. Insgesamt wurden dafür rd. 1,4 Mil. Euro über die Programmlaufzeit eingesetzt. Davon trug die Stadt 22 Prozent, das Land mit dem damaligen Hessischen Ministerium für Justiz, Integration und Europa gab 51 Prozent der Mittel. Der Rest von 38 Prozent waren die Anteile der jeweiligen Projektträger.

Mit diesem Zuschuss hat die Kommune neue Integrationsmaßnahmen in fünf strategischen und miteinander verknüpften Handlungsfeldern erprobt:

1. Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale mit Fokus auf die Stärkung der Migrantenselbstorganisationen
2. Ausbau sozialraumbezogener Integrationsmaßnahmen im Rahmen des Quartiersmanagement
3. Bildung
4. Elternbildung in Kooperation mit dem lokalen Netzwerk „Elternschule“
5. Förderung der Gesundheit und Gesundheitsaufklärung der Migrationsbevölkerung.

Für die Umsetzung der Programminhalte wurde bei der Stadtverwaltung eine extra dafür eingerichtete Koordinationsstelle eingerichtet und mit Fachpersonal besetzt. An der Realisierung der Programmziele beteiligten sich zudem viele städtische und freie Träger, sowie ganze Netzwerke wie „Elternschule“ oder „Arbeitskreis Integration“ mit zahlreichen innovativen Projektideen. Aus dieser fruchtbaren Kooperationen sind acht Großprojekte -mit insgesamt 43 untergeordneten Kleinprojekten-, viele Aktionen, Infoveranstaltungen und Fortbildungsangeboten entstanden. Besondere Aufmerksamkeit erregten die Projekte der Migrantenselbstorganisationen und der eher „atypischen“ Akteure der Integrationsarbeit, wie die Ausstellung „Mein Dein Unser Offenbach“ vom Haus der Stadtgeschichte. Eine weitere Erneuerung der Modellregion war die Erweiterung der Aufgabe vom Quartiersmanager in drei Stadtteilzentren um das Thema Integration. Die unmittelbare Umsetzung der Integrationsmaßnahmen im Stadtteil wirkte sich z.B. auf die Teilnahmezahl an Sprachkursen oder Gesundheitsprojekten aus. Auch die interkulturellen Beziehungen in der Nachbarschaft bekamen dadurch auch über die Dauer der Maßnahme hinaus eine neue Qualität.

Seit Januar 2014 führt das Land Hessen die Förderung der Integration in Offenbach im Rahmen des neuen Programms WIR, Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“ fort. Hier stehen zwei Schwerpunkte im Fokus: Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur, und Interkulturelle Öffnung der Verwaltung, Institutionen, Verbände und Vereine.

<http://www.offenbach.de/offenbach/themen/leben-in-offenbach/integration-und-zusammenleben/integrationsfoerderung/>

Resumee

Wie im vorliegenden Bericht gezeigt, wurden viele der im Offenbacher Integrationskonzept vorgeschlagenen Maßnahmen erfolgreich umgesetzt. Das Offenbacher Integrationskonzept war damit kein „Papiertiger“, sondern es hat real etwas verändert. Die kommunale Integrationspolitik sorgte in Offenbach frühzeitig für eine begünstigende Struktur zur Förderung der Integrationsbedingungen, und damit für eine solide Basis.

Mit dem Einsatz einer Koordinatorin als zweite Fachkraft im Integrationsbüro wurden zusätzliche Personalkapazitäten geschaffen, die Integrationsarbeit in Breite und Tiefe erweitert. Laufende Prozesse konnten damit eine neue Dynamik erreichen.

Strukturell:

Die Zahl der nichtdeutschen Erwerbstätigen ist im Zeitraum von fünf Jahren deutlich angestiegen. Der Anstieg bei den nichtdeutschen Erwerbstätigen ist im Vergleichszeitraum mehr als doppelt so hoch ausgefallen wie bei den deutschen Erwerbstätigen.

Identifikatorisch:

Über 800 Einbürgerungen pro Jahr sind Ausdruck gelingender Integration. Nur wer eingebürgert ist, verfügt über alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten. Die Frage der Einbürgerung ist oft verbunden mit der Frage der emotionalen Bindung zum Staat.

Kulturell:

4000 Anmeldungen zu Deutsch- und Integrationskursen und Deutschtests im Jahre 2013 in der Volkshochschule mit 17.483 Unterrichtsstunden in 235 Unterrichtsstunden belegen eindrucksvoll das Interesse und die Motivation von Zugewanderten sich auch sprachlich integrieren zu wollen.

Die Teilnahme an den Deutsch- und Integrationskursen von VHS und anderen Sprachkursanbietern erleichtert den Zugang zur politischen Information, zum Arbeitsmarkt und ermöglicht ein tieferes Verständnis der deutschen Gesellschaft. Die Sprachkurse bilden seit vielen Jahren einen wichtigen Erfolgsfaktor für die Integration von Zuwanderern in Offenbach.

Sozial:

Seit 20 Jahren werden die „Interkulturellen Wochen in Offenbach“ unter jeweils verschiedenen Leitgedanken veranstaltet und von jährlich bis zu 5000 Besuchern angenommen. Auch das Kulturfest der Nationen mit ähnlich vielen Besuchern erfüllen in vorbildlicher Weise einen wesentlichen Aspekt der sozialen Integration: Die Kommunikation und Kooperation zwischen allen Individuen der Gesellschaft. Sie sind wesentliche Voraussetzungen für ein gedeihliches und vor allem friedliches Zusammenleben aller Bürger unserer Gesellschaft. Kooperation ist ein konstitutives Element der Demokratie. Von der Schüler- und der Elterninitiative über den Migranten- und Kulturverein bis hin zu Polizei, Gewerkschaft, Kirche, Moschee und Synagoge beteiligen sich viele an den Veranstaltungen mit Themen zu gesellschaftspolitischen, interkulturellen und interreligiösen Fragestellungen.

Mit den Programmen „Lernen vor Ort“, „Regionales Übergangsmanagement“, dem Sprachqualifizierungsprogramm in den Kitas wurden erfolgreiche Maßnahmen gegen die damals festzustellende gespaltene Entwicklungen des Bildungserfolgs der Kinder von Einheimischen und denen aus Einwandererfamilien ergriffen.

Durch Mittelkürzungen bei den Migrationsberatungsdiensten durch das Land Hessen war die Wahrnehmung der originären Aufgaben der Migrationssozialberatung gefährdet. Durch eine entsprechende Bedarfsanalyse und Maßnahmenkonzeption konnte durch das Projekt „Migrationsberatung im Bürgerbüro der Stadt“ das Angebot der Migrationsberatungsdienste einem breiteren Publikum unmittelbar zur Verfügung gestellt und die einzelnen Migrationsberatungsangebote mit der Unterstützung der Wohlfahrtsverbände konzentriert werden.

Die Fortsetzung und der Ausbau der vorschulischen Sprachförderung in den Offenbacher Kindertagesstätten wurden in den vergangenen zehn Jahren ebenso weiter intensiviert, wie der Abbau von Hindernissen vom Übergang von der Kita in die Schule und weiterführend in die weiterführenden Bildungsbereiche Sekundarstufe II und Ausbildung. Auskunft über die Bemühungen und Erfolge liefert hier der alle zwei Jahre erscheinende Bericht „Erziehung und Bildung in Offenbach“.

Mit dem Programm „Modellregion Integration“ wurden alle im Programm entwickelten Modellprojekte an den bestehenden Strukturen von Politik, Verwaltung und lokalen Gemeinschaften angedockt und so konzipiert, dass ihre Ergebnisse schon während ihrer Laufzeit in diese Strukturen – und damit in ihre Regelangebote – einfließen konnten. Die fünf Schwerpunkte der Modellregion – Aktivierung des Ehrenamtes, Quartierarbeit, Bildung, Gesundheit und Elternschule – waren und sind Teil der abgestimmten Strategie der Stadt Offenbach, somit auch künftig im Fokus der kommunalen Integrationspolitik.

Die Zielbeschreibungen des Integrationskonzeptes von 2004 sind unverändert relevant: Chancengleichheit in Schule und Ausbildung, Chancengleichheit durch Sprach- und Integrationskurse, Interkulturelle Öffnung von Verwaltung und Gesellschaft, friedliches Zusammenleben im Alltag, Teilhabe am Arbeitsmarkt für alle Bevölkerungsgruppen, kultursensible Gesundheitsversorgung und Pflege.

Die vier Dimensionen, in denen konkrete Maßnahmen zu ergreifen sind, sind unverändert valide Bezugsgrößen. Innerhalb dieser vier Dimensionen werden wir unter der Berücksichtigung der knappen Mittel angesichts der bisherigen Erfolge folgende Maßnahmen fortführen:

Fortführung der dialogfördernden Maßnahmen

Der Integrationspreis der Stadt, die interkulturellen Wochen und das Kulturfest der Nationen sind ideale Maßnahmen zur Förderung der Begegnung, der Bearbeitung und dem Abbau von Fremdbildern.

Fortsetzung der Förderung von Projekten gemäß der Richtlinien der Stadt Offenbach am Main für die Finanzierung von Integrationsprojekten Dritter

Mit den Richtlinien fördert die Stadt Offenbach am Main Einzelpersonen, Gruppen, Vereine und Organisationen bei der Durchführung von Projekten und der Realisierung von Projekten, welche die Integration von Migrantinnen und Migranten in der Stadt Offenbach am Main fördern. Als Migrantinnen und Migranten gelten ausländische und deutsche Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund.

Fortschreibung und Aktualisierung des Gesundheitswegweisers der Stadt

In Kooperation mit Gesundheitsamt und Sozialamt. Zielgruppe sind hier Multiplikatoren.

Weiterentwicklung der niedrigschwelligen Sprachförderangebote:

In Kooperation mit der Volkshochschule und ggf. weiteren Trägern.

Weiterentwicklung der Konzeption Projekt „Migrationsberatung im Bürgerbüro“

Migrationsberatungsdienste und weitere Beratungsprojekte/-Angebote durch Wohlfahrtsverbände und Migrantenorganisationen leisten auch vor dem Hintergrund der Entwicklung der Zuwanderung vor allem aus den osteuropäischen Ländern eine wichtige unterstützende Arbeit. Diese Schnittstellen von Verbänden und Regeldiensten sollen künftig weiter vor allem auch im Hinblick auf die Verbesserung Beratungsqualität (welche Dienste halten welche Leistungen vor, wie können Zugewanderte noch besser informiert und erreicht werden u.ä.) überprüft und optimiert werden.

Integrationsmonitoring fortsetzen und weiterentwickeln:

Integrationspolitik braucht verlässliche und differenzierte Daten, die Auskunft darüber geben, in welcher Weise sich die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund vollzieht und welcher Stand erreicht ist.

Integrationsmonitoring kann Integrationsprozesse anhand von validen und nachvollziehbaren Indikatoren messbar machen. Die Erhebung und Auswertung dieser Daten geben Aufschluss darüber, in welchen Bereichen Integrationsprozesse erfolgreich verlaufen und wo es Handlungsbedarf gibt.

Innerhalb dieser vier Dimensionen werden wir unter der Berücksichtigung der knappen Mittel angesichts der noch offenen Herausforderungen folgende Maßnahmen anstoßen:

Willkommenskultur weiter verbessern:

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung (und der städtischen Gesellschaften) weiterentwickeln und ausbauen:

Wichtig für den weiteren Prozess zur Feststellung des Entwicklungsgrades und zu einer prozessorientierten Entwicklung der interkulturellen Öffnung der Verwaltung wäre die Einführung von fünf Integrationsindikatoren:

1. Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in allen Positionen (Ziel: Erhöhung des Anteils der Mitarbeiter mit Migrationshintergrund)
2. Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund prüfen und ggf. weiter erhöhen. Von ihrer Zahl und ihrem Einsatz hängt ab, wie sich der öffentliche Dienst in Zukunft personell darstellt.
3. Stellenwert der Interkulturellen Kompetenz in der Personalführung
Bedeutsam ist, welchen Stellenwert diesem Kompetenzmerkmal bei der Weiterbildung und bei der Rekrutierung von Personal zugewiesen wird. Das gilt auch beim einheimisch deutschen Personal. Dies bedeutet im Besonderen den Ausbau der Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote zur Kompetenzentwicklung der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich mit entsprechenden Kundenkontakten, den Ausbau der Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote von Beschäftigten mit Personalverantwortung und im Hinblick auf eine entsprechende Organisationsentwicklung als Qualifikationsvoraussetzung
4. Erreichbarkeit der Menschen mit Migrationshintergrund (Öffnung des Regelangebots)
Werden die in der Stadt lebenden Menschen mit Migrationshintergrund von den Dienstleistungen, die Offenbach in vielfältiger Weise anbietet im gleichen Umfang erreicht wie die autochthone Bevölkerung? Dazu zählt das Spektrum von zusätzlichen Bildungsangeboten über soziale Dienste bis hin zur Kultur.
5. Den Einbezug von Maßnahmen der interkulturellen Öffnung in den jeweiligen Amtsbereichen bei den zu realisierenden Produkten mit Zielbeschreibung und Zeitrahmen und mit entsprechendem Controlling

Aufbau eines Dolmetscherpools für die Institutionen und Einrichtungen in der Stadt

Der Dolmetscherpool kann Bürgerinnen und Bürger sowie unterschiedliche Einrichtungen unterstützen, die auf beiden Seiten vorhandenen Sprachbarrieren bei Gesprächen zu überwinden und so die gegenseitige Verständigung erleichtern helfen. Bürgerinnen und Bürger haben - gerade nach einem Zuzug aus einem anderen

Land - Anspruch auf angemessene Aufklärung und Beratung. Es ist allerdings zu beachten, dass die Stadt Offenbach einen solchen Dolmetscherpool nur in sehr begrenztem Umfang mit eigenen Mitteln fördern kann. Deshalb wird die Gewinnung ehrenamtlicher Unterstützer hier besonders wichtig.

Die Vorteile von geschulten Dolmetschern bezüglich Risiko-Vermeidung liegen auf der Hand:

1. Beratungsfehler mit zum Teil schwerwiegenden finanziellen und rechtlichen Fehlern für den Beratenen können reduziert bzw. ganz vermieden werden.
2. Die Bedürfnisse und die Kritik der Kundinnen und Kunden können besser vermittelt um im Sinne des Qualitätsmanagements bei der Verbesserung der Angebotsstruktur berücksichtigt werden.

Beteiligung an einer regionalen Einbürgerungskampagne

Die Stadt Frankfurt am Main hat die Initiative für eine gemeinsame Kampagne für eine verstärkte Einbürgerung von Immigranten in den Städten der Region ergriffen. In einer gemeinsamen Aktion der Städte sollen Informationsmaterialien entwickelt, hergestellt und verbreitet sowie öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchgeführt werden. Ziel ist, die Vorteile der deutschen Staatsbürgerschaft deutlich zu machen und für die Einbürgerung zu werben. Die Stadt Offenbach hat ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in dieser regionalen Initiative erklärt. Einbürgerung ist Ausdruck gelingender Integration. Eingebürgerte verfügen über alle staatsbürgerlichen Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten. Sie bekennen sich zu ihrer neuen Heimat Deutschland und seinem Wertesystem. Durch Einbürgerung bekommt Integration und zusätzliche Qualität und Verbindlichkeit.

Förderung der Integration in Offenbach im Rahmen des neuen Programms WIR, Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“

Das Landesprogramm soll die kommunalen Anstrengungen in den zwei Schwerpunkten: Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur, und Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und von Institutionen, Verbänden und Vereinen flankieren und unterstützen.

Zu den Tätigkeitsbereichen gehören hier im Besonderen die

- Planung, Durchführung und Begleitung von Maßnahmen in Partnerschaft mit den beteiligten Migrantenorganisationen
- Entwicklung und Umsetzung von sozialräumlichen Maßnahmen in Zusammenarbeit mit der kommunalen Sozialplanung und dem Quartiersmanagement
- Die Einbindung von Kreativen zur Entwicklung einer Social-Media-Strategie um einen Perspektivwechsel im öffentlichen Diskurs über Integration zu einleiten
- Abstimmung von Arbeitsprozessen und Qualitätskriterien in der Beratung von Migrantinnen und Migranten in Offenbach zwischen städtischen Einrichtungen und freien Trägern der Sozialarbeit

Die Aufgaben der WIR-Koordinierungsstelle flankieren die Arbeit des Referats Integration und ergänzen die Arbeit des kommunalen Integrationsbeauftragten.

